

Gärtner-Zeitung.

Zentralorgan für die Interessen aller im Gartenbau und in der Blumen- und Kranzbinderei tätigen Personen.

Organ des Allgemeinen Deutschen Gärtner-Vereins (Sitz: Berlin) und des Verbandes der Gärtner Österreichs (Sitz: Wien).

Mit illustrierter Vierzehntags-Bellage „Gärtner-Fachblatt“.

Inserate:
Die 44 mm breite Nonpareillezeile 30 Pfg. Alleingige Annahmestelle Josef Wichterich, Verlag, Leipzig, Bosestraße 6 (Fernsprecher: 2101) und Berlin-Neukölln, Spremberger Straße 9 (Fernsprecher: Amt Neukölln 1008).

Erscheint jeden Sonnabend, jährl. 52 Nummern.
Preis vierteljährlich 3,90 Mark.
Abonnements durch alle Postanstalten.

Redaktion und Expedition:
Berlin S. 42, Lulus-Ufer 1.

Eigentümer und Herausgeber:
Hauptvorstand des Allgemeinen Deutschen Gärtner-Vereins.
Fernsprecher: Amt Moritzplatz 3725.

Redaktionsschluß:
Jeden Dienstag Morgen.

Inhaltsübersicht: Denkarbeiter - Übungsarbeiter - Massenarbeiter (Schluss). — Die Gemeinden und die soziale innere Kolonisation (Schluss). — Arbeitslosigkeit und steigende Riesenprofite. — Privatgärtnerei: Verhältnismässig nicht erhebliche Zeit im Sinne § 611 B. G. B. — Stadtgärtnerei: Herne i. W.; Stuttgart. — Lehrlingswesen: Ein bildungsfeindlicher Lehrer. — Bildungswesen: Fachbildungswesen; Freie Hochschule Berlin. — Soziales: Eine neue Schule für Gartenbau und Haushaltswesen; Gedeihliches Wachstum unsrer „Volksfürsorge“; „Ich komme für die neue Volksversicherung“; Der Arbeiterführer Behrens gegen den Reichstagsabgeordneten Behrens; Ein feines Trio; Ueber die Arbeitslosenunterstützung der Stadt Stuttgart; Die Kölner Versicherungskasse gegen Arbeits- und Stellenlosigkeit; Die Unternehmerverbände im Jahre 1912. — Bekanntmachungen. — Stundenplan für die Städtische Fachschule für Gärtner in Berlin im Winterhalbjahr 1913/14. — Feuilleton: Etwas vom Zunftwesen: I. Die Vorläufer der Zunft.

Ein Wettbewerb.

Die sogenannte christlich-nationale Arbeiterbewegung sollte die Bewegung der Zukunft werden, ihre Verbände die Sammelpunkte und Heere für die noch viele Millionen unorganisierten Arbeitermassen. Und diese neuen Massen sollten dann die freien Gewerkschaften schwächen, um sie am Ende zu verdrängen und aus der Bewegung auszuschalten.

Neben diesen bemühten sich auch die Hirsch-Dunckerschen Gewerkvereine, den Freigewerkschaften die Wege zu verlegen.

Der Wettbewerb und Wettlauf währt jetzt einige Jahrzehnte. Und was ist das bisherige Ergebnis?

Es hatten Mitglieder

	im Jahresdurchschnitt 1900	im Jahresdurchschnitt 1912
Hirsch-Dunckersche Gewerkvereine	91 661	109 225
Christliche Gewerkschaften	159 770	344 687
Freigewerkschaften	680 427	2 530 390

Auf je 100 Mitglieder aller drei Gruppen entfielen

	im Jahresdurchschnitt 1900	im Jahresdurchschnitt 1912
Hirsch-Dunckersche Gewerkvereine	9,8	3,4
Christliche Gewerkschaften	17,2	11,8
Freigewerkschaften	73,0	84,8

= 100,00 = 100,00

Daß die Hirsch-Dunckerschen nicht mehr vorwärts kommen, erklärt sich aus ihrer Alterschwäche. Wie aber kommt es, daß auch die Christlichen Gewerkschaften ihre Heere nur mäßig vermehren? Sie haben doch Hilfe von allen Seiten, sie sind wohlgeleiteten im besonderen von der Regierung und deren Organen, und sie werden von diesen mächtigen Stellen aus geschützt und gefördert. Und doch halten sie den Wettbewerb nicht aus, aus dem sie als Sieger hervorgehen wollten? Und doch ist ihr Anteil an der Gesamtbewegung — der im Jahre 1900: 17¹⁰/₁₀₀ vom Hundert betrug — heute nur noch 11¹⁰/₁₀₀?

Die Freigewerkschaften hatten immer nur Gegner und Feinde, niemand half ihnen; sie waren stets auf sich ganz allein angewiesen. Und sie steigerten ihren Anteil an der Gesamtbewegung in derselben Zeit von 73 auf 84¹⁰/₁₀₀ vom Hundert. . . .

Sollte in dieser Entwicklung nicht etwas unmittelbar Gesetzmäßiges, Notwendiges zum Ausdruck kommen? Nicht etwas, das in der wirtschaftlich-sozialen Entwicklung selbst bedingt ist und dessen Richtungslinien scharf vorgezeichnet sind? Zeigen die Zahlen nicht schon heute, welches das Ende des gegenseitigen Wettbewerbs sein wird, sein muß?

Von je 100 Mitgliedern der drei Wettbewerbsgruppen hatten 1912 die Freigewerkschaften: 84,8 ihre Gesamtmitgliederszahl war im Jahresdurchschnitt über 2 1/2 Millionen.

Denkarbeiter - Übungsarbeiter - Massenarbeiter.

(Grundlehren moderner Betriebswissenschaft.)

II. (Schluß.)*

Von allen bisher zu dieser Frage erschienenen Aufsätzen wohl der beste ist ein solcher, der in der Heddörferschen „Gartenwelt“, unter dem Verfasseramen Luserke erschienen ist. Dieser Aufsatz verdient es, daß er aus dem Versteckwinkel, in den er unter den andern Aufsätzen dieser Fachzeitschrift und mit der sonst wenig auffälligen einfachen Überschrift „Arbeitsteilung“ geraten ist, herausgeholt und einem weiteren Leserkreis zugänglich gemacht wird. Uns erscheint er so vorzüglich, daß wir ihn unsern Lesern hier an leitender Stelle wiedergeben wollen, in der Überzeugung, daß dies dem Verfasser nur willkommen sein kann. Herr Luserke schreibt:

„Arbeitsteilung.“

Das ist das Geheimnis, das unsre gesamte Industrie großgemacht hat. Wie wenig der kleinste und kleine Gärtner davon weiß, zeigt ein Besuch in den Gärtnereien oder auf den Arbeitsstätten der Landschaftsgärtner.

Alle praktischen Arbeiten lassen sich in drei Gruppen einteilen, in Arbeiten, die mit ständig erneuter Überlegung ausgeführt werden müssen (Denkarbeiten), Arbeiten, die nur Übung verlangen (Übungsarbeiten) und Arbeiten, zu welchen keine besondere Geschicklichkeit notwendig ist (Massenarbeiten). Man könnte diese drei Gruppen auch als Obergärtner-, Gärtner- und Arbeiterarbeiten bezeichnen.

Unsre heutige bessere Schulausbildung (Handwerksunterricht, Turnen, Spielen) ermöglicht es in den Städten sehr häufig, die Übungsarbeiten von intelligenten Arbeitern verrichten zu lassen. Speziell junge Arbeiter zeigen sehr häufig eine Geschicklichkeit, die sie nach ganz kurzer Zeit keinem gelernten Gärtner nachstehen läßt. Ich habe alte und junge Arbeiter kennen gelernt, die im Pfflanzen, Buxbaumlegen, Grassäen, Kante aufsetzen, Grasschneiden und Kantenstechen keinem Gärtner etwas nachgaben. Da, nebenbei bemerkt, die meisten Landschaftsgärtner ihre Lehrzeit nicht als solche absolviert haben, so ist ein aufgeweckter Arbeiter ebenso brauchbar, wie ein tüchtiger Gärtner, der in Topfpflanzen gelernt hat. Übungsarbeiten sind Massenarbeiten, die von intelligenten Leuten ausgeführt werden müssen. Diese Zweiteilung tritt besonders scharf in der Landschaftsgärtnerei hervor, wo in vielen Betrieben, und zwar meist den größten, nur Obergärtner

und Arbeiter eingestellt werden; Gärtner werden wie Arbeiter entlohnt. Auch in den größten Baumschulen unterscheidet sich der Gärtner nicht viel oder garnicht in punkto Lohn vom Arbeiter. Arbeiter, die Denkarbeit verrichten können, sind selten, daher wertvoll; sie müssen gut entlohnt werden, man muß sie auch lange zu halten suchen. Weil sie aber viel Geld kosten, sollte man peinlich darauf sehen, daß sie keine Massenarbeit zu verrichten brauchen, und da fast jede größere Arbeit sich aus Denk- und Massenarbeit zusammensetzt, so müssen sich die Denkarbeiter ihre Arbeitsteile herausuchen und vorher zu erledigen suchen, damit die Massenarbeit nicht durch zwischendurch notwendig werdende Denkarbeit aufgehalten wird. Die Denkarbeiter müssen die Arbeitszubereiter der Massenarbeiter sein. Je häufiger und gleichmäßiger sich eine Einzeltätigkeit wiederholt, um so mehr Übung bekommt der Arbeiter in ihr, um so besser, schneller und billiger wird die Arbeit ausgeführt. Alle Arbeiten so von aller Denkarbeit zu sondern, daß möglichst nur in sich gleichartige Handgriffe übrig bleiben, das muß die vornehmste Beschäftigung der Denkarbeiter sein.

Ein Beispiel: Auf einer welligen Fläche sollen alle Vertiefungen bis zur höchsten Kuppe mit Boden aufgefüllt werden. Fall 1. Der Denkarbeiter tafelt auf der ganzen Fläche in 3 bis 5 m Abstand Merkpfähle ein, dann werden Massenarbeiter angestellt, die ohne Überlegung ihre Karren so lange an jedem Pfahl ausschütten, bis die Pfahlhöhe erreicht ist. Sind die Pfähle nicht eng genug geschlagen, etwa auf 15 oder 20 m, so müssen die Massenarbeiter den Boden öfter einplanieren, um feststellen zu können, ob die verlangte Höhe erreicht ist, es wird mehr Arbeitskraft auf der Kippe nötig. Stehen die Pfähle noch weiter, Fall 2, dann wird das Einplanieren nicht mehr von Massenarbeitern gemacht werden können, es muß ein Denkarbeiter dabei sein. Im Fall 1 bei strenger Arbeitsteilung ergibt sich folgende Rechnung: Der Denkarbeiter mit zwei Mann tafelt das Gelände in 3 bis 5 m Abstand aus, Arbeitszeit 1 Tag.

1 Denkarbeiter	8 Mk.
2 Massenarbeiter, à 4 Mk.	8 „
1 Mann auf der Kippe zum planieren,	
20 Tage à 4 Mk.	80 „
10 Mann à 20 Tage à 4 Mk.	800 „
Summa	896 Mk.

Fall 2. Der Denkarbeiter tafelt mit zwei Mann das ganze Stück in 18 bis 20 Entfernung aus, Arbeitszeit 1/2 Tag.

*) Vergl. Leitartikel in Nr. 37.

1 Denkarbeiter, 1/2 Tag à 8 Mk.	4 Mk.
2 Massenarbeiter, 1/2 Tag à 4 Mk.	4 „
2 Mann auf der Kippe, 20 Tage à 4 Mk.	160 „
10 Arbeiter, 20 Tage à 4 Mk.	800 „
	Summa 968 Mk.

Fall 3. Der Denkarbeiter legt nur die Eckpunkte in der Höhe fest. Arbeitszeit 1/4 Tag.

1 Denkarbeiter, 1/4 Tag à 8 Mk.	2 Mk.
2 Massenarbeiter, 1/4 Tag à 4 Mk.	2 „
1 Massenarbeiter auf der Kippe, 20 Tage à 4 Mk.	80 „
1 Denkarbeiter auf der Kippe, 20 Tage à 8 Mk.	160 „
10 Arbeiter, 20 Tage à 4 Mk.	800 „
	Summa 1044 Mk.

Je gründlicher die Arbeit vorbereitet ist, je sorgfältiger alle Arbeitsteile, die Denken verlangen, vorher durch geschulte Denkarbeit erledigt sind, um so schneller und billiger wird die Arbeit auszuführen sein.

Ein andres Bild: Zwei Staudengärtnereien. Die eine beschäftigt 6 Gehilfen und 2 Arbeitsfrauen, die andre 2 Gehilfen und 6 Arbeitsfrauen, beide sind gleichgroß, beide setzen gleichviel ab. In der ersten sind die Stauden schlecht etikettiert, nur ein guter Staudenkennner, in diesem Fall der Besitzer, der tüchtig mitarbeitet, und längere Zeit im Geschäft tätige Gehilfen finden sich zurecht, die Arten stehen wild durcheinander, hier eine Sorte Delphinium, dann Phlox, dann Alyssum, dann Delphinium usw. In der zweiten große, gute Etiketten, die Arten sind zusammengehalten.

Angenommen, es sollen zehn Sorten Sedum durch Teilung auf etwa 10.000 Stück vermehrt werden. In der gut organisierten Gärtnerei verrichtet 1 Gehilfe mit 6 Frauen die Arbeit. Der Gehilfe teilt die Beete ein (Denkarbeit), die Frauen schürfen ab (Übungsarbeit), 2 Frauen machen die erste Sorte heraus (Massenarbeit). Da alle Sorten durch große Etiketten und kleine Zwischenräume getrennt sind (Denkarbeit), so ist ein Zuvielherausnehmen oder Stehenlassen nicht möglich. Da alle zehn Sorten hintereinander stehen (Denkarbeit), so können die Frauen, nachdem die erste Sorte auf den Teilungsplatz an den Pflanzbeeten geschafft ist, ohne besondere Anleitung zur zweiten Sorte gehen und diese herausnehmen. Der Gehilfe bleibt beim Teilen und Pflanzen. Längere Zeit im Betriebe tätige Frauen helfen beim Teilen (Übungsarbeit), der Gehilfe pflanzt die erste Reihe vor (Denkarbeit), die Frauen pflanzen nach (Übungsarbeit). Alle sechs Arbeitskräfte sind auf zwei Stellen tätig und können somit leicht von dem Gehilfen kontrolliert werden (Denkarbeit).

In der Gärtnerei mit schlechter Organisation liegen die Stammbeete an verschiedenen Stellen, ebenso die Pflanzbeete, das Ein-

teilen macht mehr Arbeit (Laufzeit), das Herausnehmen der Pflanzen, ev. Zusammensuchen, kann bei der schlechten Etikettierung nur vom Besitzer oder älteren Gehilfen gemacht werden, unter ganz geringer Hilfe von Massenarbeitern (Denk- und Massenarbeit). Da die Pflanzbeete an verschiedenen Stellen liegen, ist es ratsam, einen neutralen Teilungsplatz zu benutzen, der dann in nächster Nähe keines der Pflanzbeete liegt (vermehrte Massenarbeit aus Mangel an vorher verrichteter Denkarbeit). Die Stauden müssen doppelt transportiert werden (wie vorhin). Die Arbeitsplätze liegen in der ganzen Gärtnerei verstreut, eine Kontrolle ist daher fast unmöglich, jedenfalls sehr zeitraubend.

Das Resultat in beiden Fällen: 10.000 gepflanzte Sedum. Im ersten Falle einfach, schnell und billig, weil alle Denkarbeit (Etikettieren, gute Einrichtung des gesamten Betriebes) vorher erledigt war, im zweiten Falle umständlich, langsam und teuer, weil die Denkarbeit gleichzeitig mit der Massenarbeit verrichtet werden muß.

Obergärtner, also Denkarbeiter sein, heißt, möglichst viel Arbeit so vorbereiten, daß sie von billigen Arbeitskräften ohne Überlegung ausgeführt werden kann.

Diese knappe, inhaltreiche und tiefgründige Darstellung kann man etwa als die theoretischen Grundlehren einer modernen gärtnerischen Betriebswissenschaft bezeichnen, und als einen klaren, sicheren Wegweiser für alle die, die befähigt und gewillt sind, die wirtschaftliche Entwicklung bewußt handelnd zu unterstützen und zu fördern.

Von einem gewissen Standpunkte aus kann man, wie schon gesagt, die Entwicklung in dieser Richtung bedauern, kann man darüber Tränen vergießen, daß stetig mehr die gelehrten Gehilfen überflüssig und daß fortgesetzt mehr aus dem Berufe hinausgedrängt werden, wenn sie es nicht vorziehen, einfach „Übungsarbeiter“ oder gar „Massenarbeiter“ zu werden, und man kann die im letzteren Falle sich vollziehende Degradierung, das heißt Herabsetzung in einer gesellschaftlich niedrigeren Grad auch als eine Verminderung des Menschenwerts dieser Gehilfenmassen betrachten. Aber man kann als denkender Mensch doch nicht in solcher Gemütsstimmung verharren oder gar seine Kräfte einsetzen, um diese Entwicklung aufhalten und zurückschrauben zu wollen; täte man's, so würde man sich damit nur dem berechtigten Gespött aller aussetzen, die einsichtiger und klüger sind. Nein! Das wären

nicht die Wege und nicht die Mittel, auch nur das Geringste zu ändern. Der denkende, wissende Mensch, der das soziale Werden begreift, der erkannt hat, daß im Wirtschafts- und Gesellschaftsleben nichts beständig ist, daß vielmehr alles fließt, daß alte Formen zerfallen und neue entstehen, der zieht daraus andre Schlusfolgerungen. Der sagt sich, daß es unter diesen Umständen gilt, die unter die Räder gekommenen und kommenden Berufsmassen nun wenigstens wirtschaftlich, in ihren Lebensverhältnissen so zu stellen, daß sie nicht hinabsinken, sondern im Gegenteil gehoben werden. Und daß diese Massen auch in geistiger Beziehung, statt hinabgedrückt, weiter emporgehoben werden!

Die sich immer mehr vollziehende Arbeitsteilung und die Gruppierung in Denkarbeiter (einer ganz kleinen Oberschicht), Übungsarbeiter (einer etwas größeren Mittelschicht) und Massenarbeiter (die überwiegend große Masse der Arbeitnehmer) darf kein Vorgang und Zustand werden, der in Gemäßheit dieser Dreiteilung nur der Oberschicht ein menschenwürdiges, der Mittelschicht ein halb-menschenwürdiges Leben und der Unterschicht nur ein Vegetieren erlaubt, das der Tiermenschenstufe entspricht. Im Gegenteil. **Diese Entwicklung muß für uns gewerkschaftlich Denkende und Handelnde der Boden werden, auf dem wir alle, alle arbeitnehmenden Berufsgenossen emporführen zu Lebensverhältnissen, die allen in ihrer Eigenschaft als Mensch und als Mit-erzeuger der menschlichen Kulturgüter zukommen, auf die sie ein rein menschliches Anrecht haben.** Die verschiedenartige Schichtung im Wirtschaftsbetriebe darf für die dort geschichteten und gruppierten Arbeitermassen lediglich betriebstechnische Bedeutung haben. Eine Verminderung des gesellschaftlichen Ansehens der „tiefer“ Geschichteten vollzieht sich nur in den Augen derer, die noch nicht davon durchdrungen sind, daß jede ehrliche Arbeit Anspruch auf menschlich gleiche Würdigung hat. Und die Schlechterentlohnung der „tiefer“ Stehenden ist ein menschliches Unrecht, das wir vorerst zwar nicht restlos zu beseitigen vermögen, dem gegenüber wir aber verpflichtet sind, alle Kräfte einzusetzen, daß es gemildert werde, um mit der Zeit gänzlich ausgeglichen zu werden.

Das Mittel, das uns dazu verhelfen soll, das alle Arbeitnehmer — Denkarbeiter, Übungs-

Feuilleton.

Etwas vom Zunftwesen.

1. Die Vorläufer der Zünfte.

Zwischen der Sklaverei, der Unfreiheit der gewerblichen Tätigkeit, die ja im Altertum überall die Begleiterscheinung der gewerblichen Tätigkeit war, und der immerhin relativen Freiheit der Organisation der Zünfte muß es unbedingt irgendwelche Zwischenformen gegeben haben; denn so aus dem Nichts heraus könnten unmöglich die Zünfte mit ihren festen bestimmten Einrichtungen entstanden sein.

In einem Aufsatz von Rudolf Eberstein, der unter dem Titel Magisterium und Fraternitas (Meisterschaften und Bruderschaften) in Schmollers Staatswissenschaftlichen Forschungen (1898) erschienen ist, wird uns von solchen Zwischenformen erschöpfende Auskunft auf Grund urkundlichen Materials gegeben.

Danach haben in der Tat die aus sogenannten Hofämtern hervorgegangenen Magisterien genannten Institutionen sowie andererseits die kirchlichen Handwerker-Genossenschaften (Fraternitas) die Grundlage gegeben, auf die die Zunftorganisationen aufgebaut werden konnten. Das sind zweifellos die Zwischenformen zwischen den Frondiensten und der freien Handwerksarbeit gewesen. Nach der oben erwähnten Arbeit waren ebenso wie die Dienerschaft die Handwerker, Hofbedienstete eines Grundherrn, eines Fürsten, der Könige und der hohen Geistlichkeit.

Sie standen unter dem königlichen Handwerksamt und hatten zur Ableistung von Frondiensten zu erscheinen. Da später bei der Zunahme der Be-

völkerung nicht genügend Beschäftigung für sie bei Hofe vorhanden war, wurde ihnen gestattet, Dienste auch andern danach Verlangenden zu gewähren gegen Abgabe eines Obulus. Sie konnten schließlich die ihren Fronherren zu leistenden Dienste durch eine bestimmte Geldabgabe ganz ablösen.

Bestimmten Gewerbetreibenden wurde gestattet, selbst ein Amt (Magisterium) zu bilden. (Auch auf den Höfen hatten die Handwerker unter einem sogenannten Hofamtsmeister gestanden und bildeten ein Hofamt.)

Diesen sich außerhalb des Fronhofes bildenden Magisterien wurde häufig das Recht der Gerichtsbarkeit über ihr Mitglieder zugestanden. Die Ablösung von den Hofdiensten wurde bei manchen Magisterien oder Handwerksämtern von dem Amte (sogenannten Amtszins) geleistet. Zur Aufbringung dieses Amtszinses hatte jeder dem Amte Angehörige einen Beitrag, den sogenannten Hauban, zu leisten.

Voraussetzung für die Gewährung eines Magisteriums war, daß die Handwerker eines Gewerbes zahlreich genug waren, um die Verwaltung eines Amtes mit einem Amtsmeister an der Spitze übernehmen zu können. Es konnten jedoch auch mehrere schwächere Gewerbe zu einem Handwerkeramte verbunden werden.

Nicht alle Handwerker hatten das Recht, solche Ämter zu bilden. Auch umfaßten sie nicht ohne weiteres alle Gewerbsgenossen. Das Recht, darin aufgenommen zu werden, konnte oft nur durch Erlangung eines sogenannten Kopfgeldes erworben werden. Aber auch diese Art Eintritts- oder Aufnahmegebühr mußte an die Grundherren abgeführt werden, unter deren Oberhoheit und Abhängigkeit das Amt stand. Diese hatten das Recht, Hand-

werker in das Amt aufzunehmen, manchmal sogar das alleinige Recht. In andern Magisterien gab es das Recht der sogenannten „Amtsbürgigkeit“, das dem früheren Hofrecht entstammte. Nur die Söhne und Erben eines Amtsangehörigen waren zum Eintritt in das Amt berechtigt, wie das früher auf den Höfen der Fronherren ebenfalls der Fall gewesen war.

In diesem Rechte der Amtsbürgigkeit offenbarte sich drastisch der Unterschied zwischen den Magisterien und den späteren freieren Organisationen der Zünfte, und weiter darin, daß die an das Amt zu entrichtenden Leistungen nicht den in ihm zusammengeschlossenen Handwerkern selber, sondern einem dritten Außenstehenden, nämlich den Grundherren — zumteil wenigstens — zuflossen.

Dadurch, daß Erbfolge und Dienstpflicht zusammenfloß, hat sich die Amtsbürgigkeit herausgebildet. In ihrer realen Bedeutung wurde aber im Laufe der Zeit die Pflicht überwogen durch das Recht der Amtsangehörigen auf eine Anzahl einträglicher Amtsstellen. Sie waren sozusagen die Vorläufer der späteren Hoflieferanten usw. Aus manchen Magisterien haben sich später die freiesten und privilegiertesten Handwerkschaften herausgebildet, wie in Paris die Weber, im Gebiet des alten Deutschen Reiches die Hausgenossenschaft der Münzer, die fast in jedem Lande wohl infolge ihrer wichtigen Vertrauenswürdigkeit besondere Vorrechte genossen.

Nach Eberstein (Basler Urkunden) waren die Hausgenossen ursprünglich Unfreie, die unter einem Münzmeister als ihrem Magister (Meister) standen. Sie stiegen aber wegen der Bedeutung und Fruchtbarkeit ihres Gewerbes bald zu einer freien Genossenschaft, sind also ebenfalls durch das sogenannte Magisterium hindurchgegangen. Sie

beiter und Massenarbeiter (um bei der von Luserke gemachten Einteilung zu verbleiben) — zu gleichem Streben bestimmen muß, heißt:

Gewerkschaftliche Organisation und gewerkschaftlicher Kampf.

- o. a. -

Die Gemeinden und die soziale innere Kolonisation.

(Schluß.)

Wieviel Millionen durch Vereinstätigkeit in Deutschland denen zufließen, die unter der Arbeitslosigkeit zu leiden haben (hier kommen ja nicht nur die Arbeitslosen allein in Betracht, sondern auch ihre Frauen und Kinder und die andern erwerbsunfähigen Angehörigen), das ist garnicht abzuschätzen. Jede Stadt hat Wohltätigkeitsverbände, jeder Ort Hilfsvereine. Was aber außerdem an gelegentlichen Unterstützungen von dem deutschen Volke ausgegeben wird, das geht wieder in die Millionen. Die Wanderarmen und auch viele Ortsansässige holen sich pfennigweise jeder täglich etwas Geld zusammen. Das macht jährlich pro Kopf vielleicht 600 bis 1000 Mk. Da viele Tausende von solchen Bettlern herumlaufen, kommen Summen heraus, die ganz erstaunlich hoch sind.

Alles das zusammengerechnet, was Behörden, Vereine und Einzelpersonen für die Erhaltung der Arbeitslosen ausgeben, würde eine größere Summe ergeben als eine Milliarde.

Diese Rechnung würde auch mit den Zahlen stimmen, die der Abgeordnete Molkenbührer für eine Arbeitslosenversicherung ermittelt hat. Er fordert 220 Millionen, die von Reich, Staat und Kommunen aufzubringen seien. Eine riesenhafte Summe! Ohne Gegenleistung an solche gegeben, die doch einer Leistung fähig sind. Da eine solche Versicherung erfahrungsgemäß dem einzelnen nur gewährt, was in Wirklichkeit zum Leben notwendig ist, da sie auch nicht für die Krisenjahre berechnet ist und die Summen nicht berücksichtigt, die in wohlthätiger Form gegeben werden, müssen wir ernsthaft mit der Milliarde rechnen, die wir an arbeitslose Volksgenossen ausgeben müssen, ohne daß sie arbeiten, ohne daß sie etwas leisten. Ihre Kräfte liegen brach. Das Nationalvermögen sinkt nicht nur um jene Milliarde jährlich, sondern auch um jene Werte, die die Arbeitslosen nicht erzeugen.

Ist das volkswirtschaftlich zulässig?

Es ist kein Zweifel möglich: Für die Arbeitslosen wird heute in mannigfachen Formen „gesorgt“. Viele Behörden und Organisationen, Staats-, Provinzial-, Kreis- und Gemeindebehörden, „sorgen“ für die Existenzlosen. Vereine, Gewerkschaften und Innungen — alle tun ihr Teil. Und dennoch erreichen sie nichts Durchgreifendes. Es ist ja auch bei jeder Einheitlichkeit

hatten auch später noch ihren eignen Gerichtsstand und ihr eignes Recht. Sie durften vor keinen andern Richter geladen werden. Nur Söhne von Hausgenossen wurden in das Amt aufgenommen, doch hatte beispielsweise in Basel die Herrschaft das Gnaderecht trotz des Rechtes der Amtsbürtigkeit, einen „ehrbaren Mann“ aufzunehmen. Im Wege des Verkaufs durften aber Stellen nicht veräußert werden.

Auch von Leipzig, Magdeburg, Halle und Braunschweig sind sehr ausführliche Urkunden erhalten, in denen das oben Gesagte vollinhaltlich bestätigt wird.

Die Magisterien können also wohl als eins der Übergangsstadien, als eine der Zwischenformen zwischen der unfreien Arbeit und den freien Zünften gelten. — Eine ähnliche Zwischenform sind zweifellos die Fraternitas (kirchliche Bruderschaften). Sie verfolgen allerdings bei ihrer Gründung wohl zunächst rein religiöse resp. kirchliche Zwecke. Erst später betrieben sie auch weltliche Angelegenheiten, und zwar die ihnen zunächst liegenden, nämlich die Interessen ihres Standes. Es gab vielerlei Bruderschaften; fast jeder Stand hatte solche, das alles sich dadurch den Schutz der damals allmächtigen Kirche sichern wollte. Wir haben es hier natürlich nur mit den Bruderschaften der Handwerker zu tun.

Nach Eberstein sind dabei wieder verschiedene Arten zu beobachten: solche, die selbständig waren, eigens aus religiösen Beweggründen ins Leben gerufen und solchen, die an eine bereits für das betreffende Handwerk bestehende Organisation angegliedert wurden, aber später als diese begründet wurden.

Die ersten gehen der Gründung der Zünfte voran, bilden also eigentlich nur die Vorstufe oder

Es gibt nur eine Wahl: Entweder man drückt die ganze Arbeiterwelt auf das Niveau von rechtlosen Sklaven und Hörigen herab, und das ist unmöglich, oder man erkennt sie als gleichberechtigte Staatsbürger an, hebt ihre geistige und technische Bildung, läßt sie sich dann aber auch organisieren, räumt ihnen den Einfluß ein, den sie brauchen, um ihre Interessen zu wahren. — Wir dürfen aber nicht vergessen, daß nur diese Organisation der Arbeiter die Regierungen und die Besitzenden so nachdrücklich an ihre sozialen Pflichten erinnert, daß eine ernsthafte Sozialreform in Angriff genommen wurde; die sich geltend machenden Stimmen der Wissenschaft, der Kirche, der Humanität waren in den Tagen des Tanzes um das goldene Kalb viel zu schwach. Die selbstbewußte Organisation des Arbeiterstandes an sich ist der Ausdruck der weltgeschichtlichen Tatsache, daß die Menschheit eine Kulturhöhe erreicht hat wie nie früher, eine Kulturhöhe, die auch die unteren Klassen nicht mehr zum passiven Fußgestell der oberen, sondern zu einem selbstbewußten aktiven Gliede des Gesamtorganismus machen will und kann. Prof. Schmoller.

entbehrenden und durchaus lückenhaften Fürsorge nicht anders möglich.

Hat es aber auch einen rechten Sinn, Millionen und aber Millionen auszugeben, ohne daß der krankhafte Zustand des Arbeitsmarktes geheilt wird? Alle Wohlfahrtsversicherungen, besonders die Kranken- und Unfallversicherungen, gehen darauf hinaus, nicht bloß der Not abzuhelfen, sondern sie auch zu heilen. Die Arbeitslosigkeit aber ist ein krankhafter Zustand der Volkswirtschaft, Zahllose Kräfte liegen brach. Für den, der es mit der Gesamtheit gut meint, kann es sich nicht nur darum handeln, den Arbeitslosen die Möglichkeit zu geben, daß sie sich gerecht und schlecht über die existenzlose Zeit ihrer Beschäftigungslosigkeit hinweghelfen, sondern wir müssen für eine ausreichende Arbeitsbeschaffung Sorge tragen. Nur die tätige Hand kann Nutzen bringen. Jede feiernde Hand aber schadet. Nicht nur zehrt der Feiernde von seiner guten Zeit und von den Leistungen der andern, er schafft auch nichts. Zu den gewaltigen Summen, die für die Erhaltung der Arbeitslosen in Krisenzeiten und für die Reservearmee der Industrie auch bei guter Konjunktur — es handelt sich immer um mehrere hundert Millionen Mark — ausgegeben werden, kommt noch die Nichtleistung der Arbeitslosen, wodurch sich der Verlust am Volksvermögen um das Mehr-

fache steigert. In Krisenjahren beträgt er sicher mehrere Milliarden, in besseren Jahren aber immer noch ungefähr eine Milliarde.

Welche Kulturarbeiten könnten von den Hunderttausenden von Arbeitslosen geschaffen werden! Wie könnte sich die Lebenshaltung des Volkes heben!

Hier muß eingesetzt werden! Die Arbeitslosen werden von der Gesamtheit unterhalten. Dafür sollen sie auch etwas leisten. Das muß der Grundpfeiler aller sozialen Bestrebungen werden.

Heute wird vielleicht für die durch Arbeitslosigkeit bereits Ruinierten ausreichend gesorgt. Aber nicht bloß für die Ruinierten sollte gesorgt werden, sondern vor allem für die noch nicht Ruinierten. Es muß also mit fürsorgender Hilfe auch bei vorübergehender Arbeitslosigkeit sofort praktisch eingesetzt werden, damit die Leute nicht erst herunterkommen. Es ist anerkannt, daß unsre Industrie stets eine gewisse Reservearmee braucht. Das Fluktuieren des Bedarfs an Kräften bedingt dies. Selbst bei guter Beschäftigung der Industrie sind hierdurch unter Umständen noch viele Tausende von Arbeitern oft längere oder kürzere Zeit ohne Beschäftigung. Und zwar nicht nur die Saisonarbeiter, sondern auch andre Arbeiter, wie die Ziffern der Wanderarbeitsstätten beweisen.

Sollen diese Reserven in der Zeit der Stille am Volksmark zehren? Sollen diese Kräfte der Arbeitslosen brachliegen. Ist es nicht ein unverzeihliches Spiel mit Menschenschicksalen, die Arbeitskräfte nur zeitweise zu beschäftigen und sie im übrigen zu verurteilen, zur Reservearmee zu gehören? Hat diese Reservearmee nicht auch einen Anspruch auf einen ausreichenden Lebensunterhalt? Sollte es für das doch sonst nach manchen Richtungen so wohl ausgebaute Deutsche Reich unmöglich sein, eine Organisation zu errichten, die der Arbeitsbeschaffung für die industrielle Reservearmee dient? Diese Arbeitskräfte müssen zum Nutzen der Allgemeinheit verwendet werden. Wenn sie vom Volke unterhalten werden, sollen sie dem Volke auch etwas leisten.

Im Deutschen Reiche liegen noch Hunderte von Quadratmeilen Land ungenutzt da! Kulturfähiges Odland ist reichlich vorhanden, in kleineren Flächen allerorts. Nur die Arbeitskräfte zur Urbarmachung fehlten bislang. Da liegen ungeheure Mengen von Arbeitswilligen auf der Straße. Wir dürfen sie keinem müßigen Leben überlassen, das jeden, auch den besten Menschen, in kurzer Zeit ruiniert. Wir müssen sie in ihrem eignen Interesse und in dem unser Volkswirtschaft leistungsfähig erhalten, wir müssen sie vor dem Untergang bewahren, ihre Kräfte zu ihrem Wohl und zum Wohl der Allgemeinheit beschäftigen und Kulturwerke ausführen. Wenn wir sie beschäftigen, werden sie vor dem Ruin bewahrt und also auch

die Anregung, die Grundlage zu der Organisation einer Zunft und kommen deshalb als Übergangsstufe in Frage. Ein sehr gutes Beispiel ist die Gründung der Bruderschaft der Kölner Ziechenweber und die der Weber in Mainz. Die erstere muß lange vor 1149 bestanden haben; denn in diesem Jahre erhielt sie durch Bestätigung auf dem Bürgerhaushaus das Stadtrecht und damit das Recht, alle Gewerbsgenossen durch ihren Korporationswillen zu binden — den Zunftzwang (die heutige Zwangsinnung!). Ihre Gründung war aber erfolgt um „mit den Gewerbsgenossen das ewige Leben fromm zu erwarten“. Nachdem ihnen aber offenbar die Geschichte zu lange gedauert hatte, beschäftigten sie sich mit nützlichern irdischen Dingen und legten mit den durch brüderschaftliche Beiträge aufgebrauchten Mitteln einen Rheinarm trocken, um auf dem derart gewonnenen Lande Marktverkaufsstände zu errichten.

Nachdem sie damit aus den rein religiösen Satzungen herausgekommen waren und Vermögen zu verwalten hatten, Eigentum besaßen, suchten sie zur Sicherung dieser sehr realen Dinge um das Recht des Zunftzwanges nach.

Das ist zweifellos außerordentlich logisch und folgerichtig.

Andre Gelehrte allerdings wollen den Zunftzwang nicht gelten lassen, sondern meinen, das verliehene Recht beziehe sich nur auf die Beteiligung an den frommen Werken. Die erstere Auffassung ist aber wohl zweifellos die richtigere und wahrscheinlichere; denn die materiellen Gründe sind überall die ausschlaggebenden für die Entwicklung.

Die Bruderschaft der Mainzer Weber ist die erste und älteste selbständige Handwerkervereini-

gung, die aus dem Mittelalter urkundlich bezeugt ist.

In einer Urkunde von 1099 werden den Webern bestimmte Pflichten und Rechte übertragen. Der Erzbischof von Mainz, Ruthari, verfügte, daß „die Weber den Kreuzgang der Stefanskirche dauernd instand halten sollen und der Kirche nach Kräften mit Kerzenspenden und mit andern guten Werken dienen“. Dafür sollen sie von den Beiträgen zum Heimbürgeramt (Eichamt) und Schenkamt (die dem Bischöflichen Amt zustehenden Leistungen an Wein) befreit sein; auch das Recht haben, sich im Kreuzgang der Kirche begraben zu lassen.

Ähnliche Gründe lagen bei andern anfänglich nicht zunftmäßigen Organisationen der Handwerker vor, die lediglich zu religiösen Dingen sich zusammenschlossen, später aber ihr Interesse mehr wirtschaftlichen materiellen Dingen zuwandten und dann zur Zunft, zur Sicherung der materiellen Rechte drängen resp. sich entwickelten.

Man kann, wie gesagt, diese ursprünglich religiösen Bestrebungen verstehen aus jener Zeit heraus, in der alles sich um die Kirche und die Religion drehte, in der die Kirche und deren schlaue Diener alles an ihren Interessenskarren spannten und ihre Macht wie ein ungeheurer Alp auf der ganzen Menschheit lagerte und alle Energie, alle Mittel und alle Intelligenz für sich beanspruchte und absorbierte.

Nach all' diesem kann man also wohl die Magisterien und Fraternitas als die Vorläufer der Zünfte, als eine sehr interessante Zwischenform zwischen dem frönpflichtigen unfreien Handwerk und den freien Zünften bezeichnen. G. Riem.

die Kosten für die Ruinierten niedriger werden, weil ihre Zahl sinken wird.

In welcher Weise sollen wir sie nun beschäftigen?

Bei der Urbarmachung der Moore bietet sich Gelegenheit, alle unsere Arbeitslosen unterzubringen. Hier könnten Kulturarbeitsstätten geschaffen werden, die in jeder Beziehung segensreich wirkten. Die Arbeitslosen müßten in Bauernhäusern untergebracht werden und neue Siedlungen auf Moor und Heide errichten und vorarbeiten. In diesen Siedlungsstätten müßte eine praktische und selbstlose Kantinenverwaltung eingerichtet werden. Daß nicht Almosen, sondern eine, wenn auch vorläufig zu hoch erscheinende Bezahlung gewährt werden müßte, ist durch die Verhältnisse begründet. Werden jetzt viele Millionen nutzlos ausgegeben, so könnten mit einem Teil des Geldes doch neue Kulturwerte geschaffen werden.

Sind die in der Industrie arbeitslos Gewordenen für solche Arbeit geeignet?

Hierauf muß mit einem entschiedenen „Ja!“ geantwortet werden. Im Jahre 1912 konnte der Verein für soziale innere Kolonisation Deutschlands, E. V., endlich seine Pläne verwirklichen und erproben. Seit dem 2. Januar 1912 beschäftigte er in der Kulturarbeitsstätte in Reppen ständig 20 bis 40 Groß-Berliner Arbeitslose unter Leitung eines Gärtners. Sie bauten eine große Unterkunft- und Baubude, legten die von einer Berliner Firma auf längere Zeit unentgeltlich geliehene Feldbahn vom Bahnhof bis zum Gelände, holzten sechs Morgen Wald ab, fertigten mehrere tausend Baum- und Zaunpfähle an, ebenso auch allerlei Büro- und andre Möbel und breiteten vor allem den von Berliner Fuhrunternehmern umsonst gelieferten Straßenkehrriech und den von der Deutschen Landwirtschaftsgesellschaft bewilligten Dung aus auf dem Vereinsgelände und rigolten ungefähr 25 Morgen. Außerdem wurden viele der Ansiedlungsgrundstücke, die auf dem Gelände angelegt werden sollen, mit Zaunpfählen umgeben, Bäume gepflanzt, Spargelbeete angelegt, Kartoffeln gelegt, Straßen planiert und viele andre vorbereitende Arbeit getan. Fünf der Siedlungsstellen werden in diesem Jahre an Berliner Arbeiter verkauft, die wieder aufs Land ziehen wollen und durchschnittlich $\frac{1}{10}$ der Kaufsumme anzahlen. Die Stellen werden mit Hilfe der Generalkommission in Rentengüter umgewandelt. Seit dem 2. Januar bis Anfang Mai 1912 waren 67 Männer bei uns beschäftigt: Es waren meist ungelernete Arbeiter, die fast alle vom Lande stammen. Ein großer Teil der Anwesenden hat sich gut eingewöhnt und denkt ständig in Reppen zu bleiben. Einige von ihnen dürften sich zur Ansiedlung eignen. Unter den Arbeitern, die im Winter bei uns waren, befanden sich ständig ungefähr fünf bis sechs Verheiratete, die stets einen beträchtlichen Teil ihres Verdienstes an ihre Familie schickten. In den kurzen Tagen erhielten die Ledigen 2 Mk., die Verheirateten 2,50 Mk. Lohn, später stieg der Lohn nach und nach allgemein auf 2,75 Mk.; den Familien der Verheirateten wurde außerdem ein Arbeitszuschuß von 1 Mk. geschickt. Diese Entlohnung war nur möglich, weil Charlottenburg und Berlin für die Verheirateten einen Zuschuß von 1,50 Mk., für die Ledigen von 1 Mk. pro Tag gewährten. Der Durchschnittslohn für die Woche war 16,50 Mk., wovon 9,91 Mk. abgezogen wurden (7 mal 1,35 Mk. für Verpflegung, 46 Pfg. für Kassenbeiträge). Dem Mann blieben also 6,59 Mark für Wäsche, Kleider, Stiefel, Porto, Tabak usw., was normalen Verhältnissen entspricht. Die Leute sind zumteil in einem gemieteten Bauernhaus untergebracht, zumteil bei Bauern und Gewerbetreibenden. Die Einrichtung für den Mann (Schlafgelegenheit, Möbel, Speisegeräth usw.) kostet 62 Mk. Doch wurden auch mehrere in Bürgerquartieren untergebracht, was sich ebenfalls bewährte. Es ist also möglich, in Krisenzeiten größere Massen von Arbeitslosen ohne erhebliche Kosten und Vorbereitungen, wie bei Manövern, in kleinere Orte zu verteilen und sie bei der Urbarmachung von Ödland zu beschäftigen. Allerdings muß die Arbeitsgelegenheit vorher geplant und vorbereitet sein.

Zuerst wurden die Leute bei einem Reppener Bürger beköstigt, später in der Herberge zur Heimat, endlich aber von der Frau unseres Arbeitsleiters. Aufseher waren nicht angestellt, sondern nur ein Gärtner, der die Arbeit verteilte und zugleich Hausvater, Gärtner, Schachtmeister, Bürobeamter usw. war. Seine Arbeit wurde unterstützt von Kolonnenführern, die zugleich als Ordner von den Arbeitern in Gemeinschaft mit dem Arbeitsleiter gewählt worden waren.

Wir glauben also, die Durchführbarkeit unserer Pläne bereits in Reppen bewiesen zu haben. Es ist dies ja alles nichts Überwältigendes. Und doch trägt es seine Bedeutung in sich: Es ist Sozialpflege und Wertgewinnung vereinigt.

Wir unternehmen einen Versuch. Wir geben ein Beispiel. Nun endlich ist der Weg gefunden, den Arbeitslosen anstatt des verderblichen Almosen ein gut bezahlte Arbeit zu geben und die Riesensummen des wegfließenden Unterstützungskapitals in verbendes Kapital umzuwandeln.

Wir hatten gehofft, 1912 im milden Herbst anfangen zu können, doch die Behörden ließen mit der Unterstützung auf sich warten. Und so wagten wir den Anfang mit mehr Mut und Zuversicht als mit Geld. Charlottenburg bewilligte am schnellsten die notwendigen Zuschüsse. Es zahlt für jeden Ledigen 1 Mk., für jeden Verheirateten 1,50 Mk. pro Kopf und Tag auf zwei Monate. Berlin bewilligte dann auch die gleichen Zuschüsse. Da aber der Ankauf des Landes, die Einrichtung und die Materialien beträchtliche Summen beanspruchten, reichten auch die Zuschüsse aus den Ministerien und die einmaligen Beiträge wohlhabender Berliner nicht aus. Eine größere Summe aus dem Kalifonds, die wir durch Fürsprache aller Parteien erhielten, sicherte die Arbeit auf einige Zeit.

Allerdings müssen die Kulturarbeitsstätten an gut organisierte Arbeitsnachweise angeschlossen sein.

Aber mit der Einrichtung von Kulturarbeitsstätten würde sich ja eine solche Organisation von selbst ergeben. Dann sind die Arbeitsuchenden zum großen Teil auf einer bestimmten Stelle zusammen. Und der nach Arbeitskräften Suchende weiß, wo er sie findet. Mehrere der Arbeiter aus Reppen gingen zum Beispiel nach Wochen wieder in die alte Arbeitsstätte nach Berlin zurück.

Ist eine Moor- oder Heidefläche melioriert, müßten die kulturfähigen Flächen mit solchen Leuten besiedelt werden, die Lust und Liebe für die Landwirtschaft haben. Die Behörden sollten diese Neusiedler unterstützen, wie es jetzt schon die preussische Generalkommission mit den Ansiedlern tut.

Damit wären wir bei der Finanzierung der Kulturarbeitsstätten angelangt. Auf die riesigen Summen, die jetzt für die Arbeitslosen aufgewendet werden, habe ich deutlich hingewiesen. An den nötigen Mitteln fehlt es also durchaus nicht. Es müßte nur eine Organisation geschaffen werden, die eine gesündere und volkswirtschaftlich richtigere Verwendung der Summen garantiert. Anstatt der verzeitelten und unverhältnismäßig hohen Bittelsteuer, die jetzt fast jeder zu zahlen hat, sollte er einmal jährlich eine feste Summe für die Kulturarbeitsstätten auswerfen. Dann könnte er auch mit Recht zu dem Bettler, der ihn anbettelt, sagen: Ich habe mein Geld dahin gegeben, gehe du auch dahin; dort wirst du Arbeit, Brot und Obdach finden.

Die Behörden könnten die Summen, die sie jetzt für die Unterstützung an Arbeitslose verwenden, gewinnbringend in die Anlage von Kulturarbeitsstätten stecken. Und es handelt sich da oft um Zehntausende und manchmal sogar um Millionen, wie bei Berlin, das im ersten Vierteljahr 1909 tatsächlich 444 000 Mk. als Armenunterstützung an Arbeitslose gezahlt hat. Wenn diese Gelder in Kulturarbeitsstätten angelegt würden, brauchte den in ihnen Beschäftigten nicht mehr der Makel der „Armenunterstützung“ angeheftet werden, der zweifellos moralisch herabdrückt.

Bei der Neueinrichtung von Wanderarbeitsstätten, die ja jetzt in vielen preussischen Provinzen und in andern Reichsteilen geplant werden, sollte auch in Erwägung gezogen werden, sie als Kulturarbeitsstätten anzulegen.

Übrigens würde sehr gefürchtet werden, weil dann die Arbeitshäuser und Gefängnisse entvölkert und anstatt der großen Summen, die heute für Gerichts- und Gefangenpaläste bezahlt werden, Kulturarbeitsstätten eingerichtet würden. Von den 9000 Korrigenden würden viele draußen beschäftigt werden können. Ihre Zahl würde ganz bedeutend abnehmen, und so würden große Summen für die Kulturarbeitsstätten flüssig werden.

Nun wäre auch noch der riesigen Summen der Arbeiterorganisationen zu gedenken, die sie für ihre arbeitslos gewordenen Mitglieder ausgeben. Wenn die Gewerkschaften jährlich nur einige Millionen für Kulturarbeitsstätten ausgeben würden, dann könnten sie das Kapital zinsbringend und fruchtbringend anlegen, während es jetzt, nationalökonomisch gedacht, nur wie ein Almosen wirkt. Den unterstützenden Faktoren, heißen sie wie sie wollen, Wohltätigkeitsvereinigungen, Kommunen oder Gewerkschaften, müßte natürlich ein Anteil an den einfachen und möglichst wenig bürokratisch zu organisierenden Verwaltungskörpern zugestanden werden. Das gemeinsame Interesse zur Beseitigung der Arbeitslosigkeit, zur Linderung des Preisdruckes auf die Arbeitslöhne in schlechter Zeit würde das Fundament der Zusammenarbeit sein können. Dann könnten alle

Teile zu ihrem Vorteil die Entvölkerung des Landes verhüten.

Wer hat denn im Deutschen Reich ein Interesse an der Entvölkerung des Landes? Niemand!

Der Industrie kann nur damit gedient werden, wenn unser gutes deutsches Land so dicht wie möglich mit bauerlicher Bevölkerung besiedelt wird, die ihr die Produkte regelmäßig und sicher abnimmt und ihr zugleich die Produkte des eigenen Landes zu niedrigen und angemessenen Preisen wieder zuführen kann. Die Städte können froh sein, wenn sie nicht mehr von bettelnden Scharen der Arbeitslosen überschwemmt werden, und die Behörden könnten, wenn sie ernsthaft wollten, durch Kultivierung des Ödlandes dem Vaterlande neue Provinzen erobern. Der Nutzen einer Entlastung des Arbeitsmarktes für die Arbeiter liegt klar auf der Hand.

Unser Ideal kann auf keinen Fall der bloße Industriestaat werden. Wir müssen dafür sorgen, daß wir unserm Volke gesunde Lebensverhältnisse erhalten. Auch braucht ja die Industrie immer wieder einen frischen Zustrom kräftiger Arbeiter. Wo aber sollen die herkommen, wenn sich das Land allmählich entvölkert? Wir wollen doch auch schließlich das Land nicht fremdländischen Arbeitern zur Bestellung und zur Ernte überlassen, wo wir so viel brachliegende Arbeitskräfte haben.

Wir müssen dafür sorgen, daß die Landbevölkerung wieder zunimmt, allerdings unter andern Bedingungen und Verhältnissen, als sie jetzt vielfach bestehen. Auch könnten die Kulturarbeitsstätten in den Zeiten besser Beschäftigung den erholungsbedürftigen Handwerksmeistern oder Beamten, deren geringes Einkommen nicht zu kostspieligen Badereisen ausreicht, sowie den Tausenden von licht- und luftbedürftigen Arbeiterfamilien der Großstädte gegen mäßiges Entgelt als Erholungsheime überlassen werden.

Nach all den Erfahrungen, die auf diesem Gebiete reichlich gesammelt wurden, würden große Massen von Arbeitslosen gern in solchen Kulturarbeitsstätten sich ihren Unterhalt verschaffen. Diese Arbeitsstätten müssen nur richtig geleitet werden; auf Vorschlag des Verfassers ist zum Beispiel in die Leitsätze aufgenommen worden, daß die Arbeitslosen sich Ordner aus ihrer Mitte wählen sollen, damit sie sich an der Organisation beteiligen können, mehr Verantwortungsgefühl bekommen und zugleich möglichst viel Aufsichtspersonal überflüssig machen. Das Kantinenwesen dürfte nicht an die so verhaßte Gefängnisverwaltung erinnern, sondern müßte in einfachem Rahmen jedem die Beköstigung nach seinem Geschmack gestatten. Die Gewerkschaften überweisen die sich an sie wendenden Arbeitslosen an das Zentralbüro. Dieses zahlt den in den Kulturstätten Tätigen den so hoch wie möglich bemessenen Arbeitslohn, den die Verbände — Städte, Vereine, Gewerkschaften usw. — dem Zentralbüro wieder erstatten. Leistet der Arbeiter auch nicht so viel, wie seine Entlohnung beträgt, so wird er doch nicht das beschämende Gefühl des Almosennehmens haben und kann seine Familie über die schlechte Zeit hinweghelfen. Jede Mark, auf solche Weise verwendet, würde vielfachen Segen tragen. Vor allem würde das bisher wertlose Land zu einem Kulturland werden und die Größe unsres Nationalvermögens erheblich steigern. Die Arbeitslosen fänden draußen gesunde Tätigkeit und ehrlichen Verdienst. Die Gewerkschaften würden von der erdrückenden Masse der zu Unterstützenden erlöst. Die Arbeiter selbst hätten nicht mehr unter den Lohndrückern zu leiden. Die Gemeinden würden von dem lästigen Bettel befreit und würden gewiß gerne die Arbeitslosensteuer den Kulturarbeitsstätten zugute kommen lassen. Hier kommt es schließlich nur auf eine geschickte Organisation an, die Gemeinden, Gewerkschaften und Wohltätigkeitsvereine zusammen zu leisten hätten. Alle würden dann die quälende Sorge um die Unterhaltung der Arbeitslosen los. Die Industrie würde ihre notwendige Reservearmee frisch und leistungsfähig erhalten, die Leute würden nicht durch das zermürbende Leben in Pennen, Asylen, auf der Landstraße und in allerlei Schlupfwinkeln minderwertig werden.

Da wir bei der modernen Wirtschaftsweise stets mit arbeitslosen Massen zu rechnen haben sollten wir diesen Gedanken, der wohl noch ausbaufähig ist und auch eine gründliche Organisation des Arbeitsnachweises ermöglichen ernsthaft überlegen und propagieren. Alle Bevölkerungsschichten haben ein großes Interesse daran. Warten wir nicht, sondern beginnen wir heute anstatt morgen. Es ist alles reif dafür. Die Unterstützungsstellen, die Mookkutter — alles so weit gediehen, daß wir sofort Kulturarbeitsstätten errichten können. Der Moor- und Ödlandkolonisation, der es immer an Menschen und Mitteln fehlt, könnte hier beides in ausreichendem

Maße gewonnen werden. Wenn nur die Idee überall mitgeteilt wird, dann muß sie auch zum Ziele kommen und aus der Idee eine Tat werden. Neue Mittel werden ja nicht dazu verlangt. Die Arbeitslosenfürsorge soll nur anders organisiert werden.

Aus einem Almosen soll gut bezahlte Arbeit werden. Und das nutzlos wegfließende Unterstützungsgeld soll dazu dienen, die Kultur zu fördern. Aus verachteten und unbrauchbaren Bettlern, aus bedauernswerten Unterstützten wollen wir gesunde, fröhliche Arbeiter machen, die sich ihres Lebens und ihrer Tätigkeit freuen.

Arbeitslosigkeit und steigende Riesenprofite.

gh. Wenn man in unserm Zeitalter der Statistik die Zahlen durchsieht, in denen sich Gütererzeugung, Güterverkehr und Güterumsatz wieder spiegeln, so wird man den Eindruck gewinnen, daß das Jahr 1912 mit den größten Zahlen auf dem Weltmarkt dasteht. Und an dieser sich in der gesamten Kulturwelt vollziehenden Aufwärtsbewegung in der Industrie, die noch gute Ernten förderten, konnte die deutsche Volkswirtschaft in hohem Grade teilnehmen. Mit diesen Sätzen begnügt Robert Franz seinen seeben erschienenen Bericht über die deutschen Banken im Jahre 1912. In der Tat sind die Banken im letzten Jahre wieder recht gut weggekommen. Das Großkapital entfaltet sich hier immer gewaltiger, stärkt seine Übermacht in der Industrie, und dies wirkt wiederum günstig auf die Banken zurück. Und jedes neue Jahr bestätigt, daß diese Entwicklung sich weiter und weiter vollzieht.

Am deutlichsten zeigt sich die Entwicklung in den Banken: hier, wo das Großkapital seine gewaltigen Mittel vereinigt. Deshalb ist in jedem Jahre für uns die Statistik der deutschen Banken so wichtig.

Die Zahl der deutschen Banken mit wenigstens 1 000 000 Mk. Aktienkapital ist seit dem Jahre 1908 langsam gefallen. Sie betrug:

	im Jahre 1908	insgesamt	214
"	" 1909	"	213
"	" 1910	"	210
"	" 1911	"	203
"	" 1912	"	201

im Jahre	Ihre Mittel beliefen sich auf:		zusammen
	eigene	fremde	
	Millionen Mark		
1908	4 672,1	22 886,6	27 558,7
1909	4 842,2	24 550,7	29 392,9
1910	5 042,5	26 273,2	31 315,7
1911	5 306,6	27 466,0	32 772,6
1912	5 381,5	28 207,1	33 588,6

Mithin haben die 201 deutschen Banken im letzten Jahre nicht weniger als 33 588 600 000 Mark

vereinigt: mehr als 33,5 Milliarden, eine ungeheure Summe.

Der -- Lohn ist dann auch nicht ausgeblieben. Der Bruttogewinn der 201 deutschen Banken stellte sich:

	im Jahre 1908	auf 611,32	Millionen Mark
"	" 1909	" 637,43	" "
"	" 1910	" 701,65	" "
"	" 1911	" 728,18	" "
"	" 1912	" 767,19	" "

Hievon gelangten nach allen Abschreibungen und besonderen Entschädigungen mehrere hundert Millionen Mark an die glücklichen Besitzer der Aktien für ihr -- Nichtstun. So wurden im letzten Jahre nicht weniger als

316 130 000 Mark an die Aktionäre ausgezahlt.

Die Durchschnittsdividende aller Banken betrug 7,74 % des Aktienkapitals.

Die wichtigste Gruppe der Banken sind die Kreditbanken. Sie sind deshalb von besonderer Bedeutung, weil sie die augenblicklich freien Kapitalien an sich ziehen, um sie den wirtschaftlichen Unternehmungen des Großkapitals zuzuführen. Sie beteiligen sich oft an der Gründung neuer derartiger Unternehmungen und gewähren ferner Mittel zur Anlage und zum Betrieb solcher Unternehmungen. Hierdurch gewinnen sie einen großen Einfluß auf die maßgebenden Industriezweige und damit auf unser ganzes wirtschaftliches Leben.

Von den 201 deutschen Banken gehören die meisten zu den Kreditbanken. Die oben festgestellte Abnahme in der Zahl der deutschen Banken beschränkt sich ganz auf die Kreditbanken. Ihre Zahl ist

von 169 im Jahre 1908 auf 156 im letzten Jahre gesunken. Dagegen sind die Kapitalien, die ihnen zur Verfügung standen,

von Jahr zu Jahr, größer geworden. Die in ihrer Verwaltung befindlichen eignen und fremden Kapitalien beliefen sich am Jahresschluß:

1908	auf 12 666 500 000	Mark
1909	" 13 739 400 000	"
1910	" 15 015 200 000	"
1911	" 15 649 800 000	"
1912	" 15 854 200 000	"

Die Statistik der Banken geht bis zum Jahre 1883 zurück. Damals gab es nur 71 Kreditbanken mit einem Aktienkapital von wenigstens 1 000 000 Mark. Sie hatten insgesamt nur 1 961 700 000 Mark zur Verfügung. Mithin sind in dieser Zeit die Kapitalien der Kreditbanken von noch nicht 2 Milliarden Mark auf mehr als 15,75 Milliarden gestiegen. Dies gewährt uns einen Einblick darein, in welchem Maße die wirtschaftlichen Machtmittel des Großkapitals gewachsen sind.

Aber noch mehr! Auf die Kreditbanken und ihre großen Mittel üben wiederum die 9 Großbanken in Berlin den entscheidenden Einfluß aus. Sie haben die größere Hälfte der Kapitalien aller Kreditbanken in ihren Händen, nämlich 8 123 000 000 Mark, sodaß den übrigen 147 Kreditbanken nur noch 7 732 000 000 Mark zur Verfügung stehen.

Außerdem untersteht ein beträchtlicher Teil dieser Banken dem Einflusse der 9 Großbanken. Wenn wir dieses berücksichtigen, so finden wir, daß die 9 Großbanken zusammen mit den ihnen unterstellten Banken Ende des Jahres 1912 über ein Gesamtkapital von

13 215 000 000 Mark verfügten. Für die übrigen Banken bleibt nur noch ein Kapital von noch nicht

2 640 000 000 Mark. Die 9 Großbanken in Berlin verfügen über 83,3 % des Gesamtkapitals aller Kreditbanken.

An der Spitze der 9 Großbanken in Berlin endlich steht die Deutsche Bank. Sie selbst hat

2260 Millionen Mark

Dazu kommen folgende ihr unter-

stellte Banken:		mit	
Rheinische Kredit-Bank		399	
Bergisch-Märkische Bank		380	
Dt. Überseische Bank		312	
Essener Kreditanstalt		271	
Pfälzische Bank		259	
Schlesischer Bankverein		204	
Hannoversche Bank		109	
Norddeutsche Kreditanstalt		102	
Deutsche Vereinsbank		80	
Osnabrücker Bank		71	
Oldenburger Spar- und Leih-Bank		66	
Danziger Privat-Aktien-Bank		61	
Anhalt-Dessauer Landesbank		58	
Braunschweiger Bank und Kreditanstalt		55	
Hildesheimer Bank		48	
Chemnitzer Bankverein		41	
Privatbank zu Gotha		28	
Kommerzbank Lübeck		25	
Braunschweiger Privatbank		19	
Siegener Bank		18	
Lübecker Privatbank		10	
Niederlausitzer Kredit- und Sparbank		9	
Deutsche Treuhand-Gesellschaft		4	
		4889	

Also fast 5 Milliarden Mark hat die eine Bank in ihrem Machtbereich. Überdies stehen die für die 9 Großbanken maßgebenden Herren miteinander in Fühlung und gehen bald in dieser, bald in jener Gruppe nach gemeinsamem Plane vor. So bildet sich immer schärfer eine einheitliche Leitung des Großkapitals heraus.

Und auch hier sehen wir die goldenen Früchte. Der Bruttogewinn der Kreditbanken betrug:

	im Jahre 1885	77 810 000	Mark
"	" 1888	110 480 000	"
"	" 1890	141 040 000	"
"	" 1898	218 380 000	"
"	" 1905	330 200 000	"
"	" 1906	377 080 000	"
"	" 1907	382 280 000	"
"	" 1908	417 240 000	"
"	" 1909	452 340 000	"
"	" 1910	492 780 000	"
"	" 1911	514 420 000	"
"	" 1912	531 190 000	"

Der Gewinn steigt unaufhörlich. Mögen die Ernten günstig oder ungünstig sein, mögen die Geschäfte für die andern Menschen gut oder schlecht gehen -- die Kreditbanken können in jedem Jahre größere Gewinne buchen. Nach all den üblichen Abschreibungen und besonderen Entschädigungen bleiben denn auch stets einige hundert Millionen als Dividenden an die Aktionäre. Im letzten Jahre erhielten die Herren 7,65 %, die Aktionäre der 9 Großbanken sogar 8,45 %.

Das Gegenstück dazu ist die Not des arbeitenden Volkes, der geringe Verdienst des kleinen Geschäftsmannes und die Not der Arbeiter, die bereits jetzt von der Arbeitslosigkeit arg heimgesucht werden und noch schlimmere Zustände im nahenden Winter befürchten müssen. Wie lange soll diese widersinnige Wirtschaft noch weitergehen?

PRIVATGÄRTNEREI

Verhältnismäßig nicht erhebliche Zeit im Sinne § 611 B. G. B.

Unser Mitglied, der Kollege T., bekleidete bei dem Maurermeister M. in Oldenfelde bei Ahrensburg die Stellung eines Privatgärtners. Seine Frau war vertragsmäßig zur Leistung leichterer Hausarbeiten bei der Herrschaft verpflichtet. Nach vorausgegangenem Differenzen wurde am 4. Februar 1913 das Arbeitsverhältnis in gegenseitigem Einverständnis gelöst. Die Differenzen waren durch die Schwangerschaft der Frau T. entstanden. Die Herrschaft hatte Arbeitsleistungen verlangt, die Frau T. bei ihrem Zustande nicht mehr zu leisten fähig war. Am 7. und 8., sowie vom 17. bis 31. Januar war Frau T. gänzlich arbeitsunfähig. Die Herrschaft nahm für diese Zeit eine Aushilfe und brachte dafür bei der Lohnzahlung 17,25 Mk. in Abzug. Hiergegen wurde Widerspruch erhoben. Da der Dienstherr M. auf Vorstelligwerden durch unsern Verband nicht zu bewegen war, den Lohnabzug zu begleichen, ließen wir Klage anstrengen. Das Amtsgericht Ahrensburg verurteilte nun am 6. Juni den M. zur Zahlung der 17,25 Mk. Aus den Gründen: Gemäß § 616 des Bürgerlichen Gesetzbuches wird der zur Dienstleistung Verpflichtete des Anspruchs auf die Vergütung dadurch nicht verlustig, daß er für eine verhältnismäßig nicht erhebliche Zeit durch einen in seiner Person liegenden Grund ohne sein Verschulden an der Dienstleistung verhindert wird. Bei dem hier in Frage stehenden dauernden Dienstverhältnis mit vierteljährlicher Kündigung stellt nun die Zeit vom 17. bis 31. Januar sicherlich nur eine verhältnismäßig nicht erhebliche Zeit im Sinne des § 611 BGB. dar. Die tatsächlichen Krankheitsbeschwerden der Frau T., die sie an der Ausübung der Arbeiten verhinderten, sind durch das Zeugnis des Arztes Dr. B. und durch ihre eignen glaubwürdigen Angaben als erwiesen anzusehen. Weswegen die Verurteilung des Beklagten erfolgen mußte. Berufung ist nicht eingelegt worden. Das Urteil wurde daher rechtskräftig.

Der Fall ist wieder einmal ein Beitrag zur Leidensgeschichte der Privatgärtner. Wenn die gemietete Arbeitskraft zeitweilig wegen Krankheit aussetzen muß, dann macht man kurzerhand Lohnabzüge, und man beschwört Differenzen herauf, die es dem Gärtner ratsam erscheinen lassen, auf das Recht seiner langfristigen Kündigungszeit zu verzichten und den Arbeitsvertrag sobald als möglich zu lösen. Was schiebt die Herrschaft, daß die Gärtnerfrau hochschwanger und schwerleidend ist? Sie ist als Arbeitsmaschine eingestellt und hat als solche ihre Pflicht zu tun; kann sie's nicht, fort mit ihr und ihrem Manne. Es gibt andre genug.

STADTGÄRTNEREI

Herne i. W. Zu dem in Nummer 37 unsrer Zeitung erschienenen Artikel betr. Mißstände in der Stadtgartenverwaltung Herne i. W. möchte ich folgendes sagen, oder -- aber widerlegen. Die in genanntem Artikel aufgestellten Behauptungen treffen wohl doch nicht alle zu, denn es ist erstens übertrieben, diesen Betrieb indirekt mit einer Bruchkrauterei zu vergleichen, oder gar die Praktiken der Leitung mit Scharfmacherei zu vergleichen. Die Stadtgartenverwaltung zu Herne nimmt seit mehr als drei Jahren -- und nicht nur im Frühjahr den Düsseldorfer Nachweis in Anspruch. Die Verwaltung war mit wenigen Ausnahmen mit den Leistungen der organisierten Kollegen zufrieden. Auch die dort früher oder jetzt beschäftigten Kollegen werden mir zustimmen müssen, daß angenommen sie nicht mit den sich Ersten Gehilfen nennenden Herren auskommen konnten, es dort sonst auszuhalten ist. Aber hier handelt es sich um die Verwaltung selbst. Was die Löhne anbetrifft, so wurde bisher dem Versprechen immer stattgegeben. Die dortigen Löhne, 90 bis 95 Mk. und Wohnung, sind, im Vergleich zu den dort bestehenden Verhältnissen zufriedenstellend. Man muß doch die ortsüblichen Verhältnisse berücksichtigen.

*) Sonderdruck aus dem „Deutschen Oekonomisten“, Berlin, Verlag von Wilhelm Christians.

Was den Inspektor Ahrens persönlich anbetrifft, so könnten wir nur hoffen, daß recht viele von den Garteninspektoren unsern Bestrebungen so loyal und unparteiisch gegenüberstehen. Nur zu oft liegt es an den Kollegen selbst, die — sobald das neue Tätigkeitsgebiet nicht nach ihrem Geschmack eingerichtet ist — alles auf einmal über den Haufen rennen möchten, anstatt durch berufliche Tüchtigkeit und korrektes Auftreten sich den Respekt und nicht zuletzt eine Lohnerhöhung ohne Schwierigkeiten zu erobern. Aber gerade mit diesen Eigenschaften mangelt es bei vielen Kollegen — leider nur zu oft. E. Hipp e, zurzeit Köln a. Rh.

Stuttgart. Die bürgerlichen Kollegien stimmten in ihrer Sitzung vom 18. September dem Ankauf der Villa Berg für 2 850 000 Mk. zu.

Wie verlautet, sollen die bedeutenden gärtnerischen Anlagen der Villa Berg, die bisher Besitz der Erbin der Herzogin Werra waren, für die Schaffung eines Volksparkes Verwendung finden.

LEHRLINGSWESEN

Ein bildungsfeindlicher Lehrherr.

Der Baumschulenbesitzer Ulrich Herrmann in Ulm a. D. hat einen jungen Mann als Lehrling beschäftigt und diesem nach dreijähriger Lehrzeit ein dementsprechendes Lehrzeugnis ausgestellt. Als der junge Kollege nun seine erste Gehilfenstelle besetzt hatte, stellte sich heraus, daß er während der Lehrzeit von seinem Meister bei der Behörde für Arbeiterversicherung als — Tagelöhner angemeldet worden war. Und der Zweck der Übung? In Württemberg sind die Gärtnerlehrlinge zum Besuche der Gewerbefortbildungsschule verpflichtet. Herr Ulrich Herrmann erreichte mit seiner Methode, daß er den Lehrling von dieser Schule zurückhalten und auch während den sonst festgesetzten Schulstunden ausnutzen konnte! Ob der junge Kollege während seiner Lehrzeit darum gewußt hat und ob seinen Eltern die Sachlage bekannt war, sei dahingestellt. Wenn ja, dann haben beide Teile (Lehrling und Eltern) keine Vorstellung davon gehabt, welcher nie ersetzbarer Schaden dadurch dem jungen Manne zugefügt werden mußte. Herr Herrmann ist, wie man uns mitteilt, auf Antrag des Gewerbevorstandes, nun nachträglich wegen Nichtanmeldung des Lehrlings in eine Geldstrafe genommen worden; die wird aber nicht sehr hoch gewesen sein, mindestens niedriger als er als Lehrherr materielle Vorteile eingeheimst. Der junge Mann aber hat einen dauernden Schaden, was er hier an Bildungsmöglichkeit versäumte, läßt sich möglichenfalls überhaupt nicht mehr nachholen; wenn aber doch, so ist zu bedenken, daß er die nachträglich dazu verwendende Zeit zur Fortsetzung, zur Erweiterung dieser Bildung hätte benutzen können.

War es Herrn Herrmann nur um die materielle Ausnutzung des jungen Mannes zu tun? Oder ist er selbst so wenig gebildet, daß er vor der Bildung so wenig Achtung bezeugt?

BILDUNGSWESEN

Fachbildungswesen.

Unsre Kölner Ortsverwaltung sendet uns ihr Winterprogramm. Die Zusammenstellung wie die ganze Aufmachung (es erscheint gedruckt) ist eine nachahmenswerte. Wir lassen den Inhalt des Programms folgen, es wird mancher Verwaltung als Beispiel dienen können.

Allgemeiner Deutscher Gärtner-Verein Ortsverwaltung Köln.

Büro und Stellennachweis: Große Witschgasse 50, II. Sprechstunden: 1-2 u. 7-9 Uhr, Sonntags 11-12 Uhr.
WINTERPROGRAMM.

Samstag, den 20. September: **Lichtbildervortrag über Italien** (Herr Aug. Schulte) „In der Gaffel“, Eigelstein 41.

Sonntag, den 28. September: **Gemeinsame Besichtigung der Freiherrlich v. Diergardtschen Edelobstkulturen in Schlebusch-Manfort.** Abfahrt: Köln, Hauptbahnhof 2³⁰ Uhr, Mülheim 2³¹ Uhr.

Samstag, den 4. Oktober: „**Goethes „Faust“ als soziales Bekenntnis**“ (Herr Redakteur A. Franke).

Samstag, den 18. Oktober: Lichtbildervortrag „**Das Liebesleben der Pflanzen**“ (Kollege Beier).

Samstag, den 8. November: „**Die Grundzüge der modernen Wirtschaftslehre**“ (Herr H. Erkes).

Samstag, den 22. November: „**Der Gehölzschnitt**“ (Kollege A. Kruse).

Sonntag, den 23. November: **Exkursion über den Gehölzschnitt.** Zeit und Ort wird durch Lauzettel bekannt gegeben.

Samstag, den 6. Dezember: **Moderne Großstadtkultur** (Herr Redakteur Sollmann).

Samstag, den 20. Dezember: „**Moderne Gärtneranlagen**“.

Samstag, den 3. Januar: „**Streifzüge durch die wirtschaftliche und technische Entwicklung**“ (Herr Fuhs).

Samstag, den 17. Januar: „**Die verbreitetsten Pflanzschädlinge und ihre Bekämpfung**“, mit Demonstrationen (Kollege W. Bruhn).

Diese **Versammlungen** finden statt im Vereinslokal Restaurant **Th. Mausbach**, Schaafenstraße 4-6, abends 9 Uhr. **Gäste jederzeit willkommen.**

Fachbibliothek steht im Büro unsern Mitgliedern zur Benutzung frei. Alle übrige Literatur kann jeder gegen Vorzeigung des Mitgliedsbuches in der Zentralbibliothek, Severinstraße 199, I, unentgeltlich erhalten.

Fachschule für Gärtner in der Kunst- und Handwerkerschule, Mauritiussteinweg 59 B. Für Landschaftsgärtner: Planzeichnen usw. Dienstags und Donnerstags, abends von 7¹⁵—9¹⁵ Uhr. Sonntags von 9¹⁵—12¹⁵ Uhr. Schulgeld pro Semester 7 Mk. Bei Zeitmangel kann der Unterricht geteilt besucht werden. Schulgeld dann 4 oder 3 Mk. Für Handelsgärtner: Unterricht in Botanik, Vorträge über Topfpflanzenkulturen usw. Freitags, abends von 8—9¹⁵ Uhr.

Anmeldungen für das am 24. September beginnende Wintersemester werden am 19. und 22. September, abends von 7—8 Uhr, und Sonntag, den 21. September, vormittags 9¹⁵ Uhr, im Direktorzimmer entgegengenommen. Weitere Anmeldungen können auch in den Unterrichtsstunden selbst erfolgen.

Kollegen! Scheut nicht die Zeit, betrachtet es als eine der wichtigsten Pflichten, an der fachlichen Weiterbildung rege zu arbeiten. Ein guter Gewerkschafter muß gleichzeitig ein tüchtiger Fachmann sein. Besucht auch sonst alle Euch zugänglichen Bildungsgelegenheiten, bereichert Euer Wissen, denn „**keine Knechtschaft ist herabwürdigender, vernichtender, als die Knechtschaft der Unwissenheit**“. **Der Ortsvorstand.**

Freie Hochschule Berlin. Das neue Programm ist soeben erschienen. In seinen 123 Vorlesungsreihen enthält es eine Fülle von anregenden und belehrenden Vorträgen aus allen Gebieten von Wissenschaft und Kunst. Mit welcher Teilnahme diese Kurse in allen Kreisen aufgenommen werden, zeigt der Bericht des letzten Jahres, nach dem über 20 000 Hörer die Freie Hochschule besucht haben. Die Kurse finden zumeist in den Abendstunden von 8—10 Uhr statt und sind jedermann zugänglich. — Alles Nähere ist aus dem Programm zu ersehen, das in allen Bibliotheken, Lesehallen und bei Loeser & Wolff kostenlos ausgegeben wird. — Die Vorlesungen beginnen am 3. Oktober und folgende Tage. Wir empfehlen unsern Mitgliedern diese Einrichtung aufs wärmste. Die Mitglieder unserer Organisation haben eine Gebührenermäßigung. Besonders verweisen wir auf den Kursus: **Neuzeitliche Hausgärten.** Vortragender: Gartendirektor L. Lesser, Steglitz, verbunden mit Lichtbildern und Führungen durch Privatgärten. 6 Vorträge und 2 Führungen.

SOZIALES

Eine neue Schule für Gartenbau und Haushaltswesen. Unter dem Namen „Graf Häselerschule für Gartenbau und Haushaltswesen“ ist in Neuwerk bei München-Gladbach eine Haushaltsschule eingerichtet, an der an Knaben und Mädchen der oberen Volksschulklassen auch Unterricht im Garten- und Obstbau erteilt werden soll. Das Gartengelände ist so eingeteilt, daß jede der größeren Volksschulen einen besonderen Schulgarten erhält. Die Schule soll die erste dieser Art in Deutschland sein; sie wird von der Regierung und von der Gemeinde unterstützt. Auch die Landwirtschaftskammer hat ihre Unterstützung zugesagt.

Gedeihliches Wachstum unsrer „Volksfürsorge“. Trotz der Gründung verschiedener Gegenvolksfürsorgen seitens der privaten Lebensversicherungsgesellschaften, trotz der Unterstützung dieser Gründungen durch die Behörden, die Arbeitgeberorganisationen, die „Gelben“, die katholischen Gewerkschaften und die evangelischen Ar-

beitervereine und trotz der intensiven gehässigen Bekämpfung der „Volksfürsorge“ durch die von diesen Gegnern gespeiste Presse — geht sie ihre Bahn! Die in den deutschen Gewerkschaften und Genossenschaften organisierten Millionen haben die zum Schutze der Versicherten notwendig gewordene Reform der Volksversicherung eingesehen und die Gründung der „Volksfürsorge“ als einen wirklichen sozialen Fortschritt mit Freuden begrüßt. Überall im Reiche sind deshalb die Träger der Gewerkschaften und Genossenschaften sofort nach der aufsichtsamlichen Genehmigung und Geschäftseröffnung der „Volksfürsorge“ mit Eifer an die Arbeit gegangen, haben von sich aus Rechnungsstellen errichtet, Rechnungsführer und Vertrauensmänner bestellt, die als Beauftragte der Gewerkschaftskartelle und der Konsumvereine die Werbearbeit für die „Volksfürsorge“ freiwillig übernehmen. Trotz der völligen Neuheit des Arbeitsgebiets, auf das die Funktionäre gestellt werden, fanden sie bei den Interessenten weitgehendes Verständnis. Wie sehr die „Volksfürsorge“ dem Bedürfnis entgegenkam, geht aus der Tatsache hervor, daß beispielsweise die Rechnungsstelle Hannover, die ihre Tätigkeit erst Mitte Juli begann, schon am 24. August die Aufnahme von rund 1000 Versicherungsanträgen mitteilen konnte. Wahrlich ein Zeichen des großen Vertrauens, das die Arbeiterschaft dem neuen Versicherungsunternehmen entgegenbringt! Da im Reiche sicher bald mehr als 600 Rechnungsstellen ihre Arbeit verrichten und dem Beispiele Hannovers folgen werden, ist eine gute Weiterentwicklung zu erwarten.

„Ich komme für die neue Volksversicherung!“

So führen sich zahlreiche, gerissene Agenten der verschiedenen gegen die „Volksfürsorge“ neu gegründeten Volksversicherungsgesellschaften in die Familie der kleinen Leute ein, um bei diesen, die grade auf die „Volksfürsorge“ warten, den Eindruck zu erwecken, als ob sie es mit einer Vertrauensperson der „Volksfürsorge“ zu tun hätten.

Hier heißt es aufmerksam prüfen! Man frage stets nach dem vollen Namen der Versicherungsgesellschaft! Wer sich unter falscher Flagge einführt, verdient kein Vertrauen, der verdient, von der Tür gewiesen zu werden!

Also Arbeiter und Frauen habt acht! Eure Versicherung ist die „Volksfürsorge“, gewerkschaftlich-genossenschaftliche Versicherungsaktiengesellschaft in Hamburg!

Der Arbeiterführer Behrens gegen den Reichstagsabgeordneten Behrens. In dem Blättchen des christlichen Verbandes der Forst- und Landarbeiter, „Die Rundschau“ (Nr. 15 vom 26. Juli 1913), bespricht der Verbandsvorsitzende und Schriftleiter Franz Behrens die bevorstehende Errichtung der Landkrankenassen. Dabei sagt er:

Die Ausschüsse und Vorstände der Landkrankenassen werden leider nicht von den Kassenmitgliedern, wie bei den Ortskrankenassen, sondern von der Vertretung des Gemeindeverbandes gewählt. Das ist in Preußen in der Regel der Kreisrat und in den kreisfreien Städten die Stadtverordnetenversammlung. Das ist zu bedauern, aber das Razonnieren hilft jetzt nichts. Wir müssen uns bis auf weiteres mit den Tatsachen abfinden.

Der christliche „Arbeiterführer“ Behrens beklagt hier in beweglichen Worten, daß den Landarbeitern das Wahlrecht zu ihren Krankenkassen, zu denen sie zwei Drittel der Beiträge aus eigener Tasche bezahlen müssen, vom Reichstage geraubt ist. Es fehlt nur noch, daß er als Führer einer Organisation, die auch Landarbeiter zu ihren Mitgliedern zählt, die Wahlrechtsräuber im Reichstag gebührend brandmarkt. Dies muß der um die Interessen seiner Landarbeitermitglieder so besorgte Verbandsvorsitzende Franz Behrens aber aus dem triftigen Grunde unterlassen, weil er sonst dem Reichstagsabgeordneten Franz Behrens eine klatschende Maulschelle hätte versetzen müssen.

Behrens hat nämlich im Jahre 1911 bei der Beratung der Reichsversicherungsordnung im Reichstag mit den Konservativen, den schlimmsten Arbeiterfeinden, gegen das Wahlrecht der Landarbeiter in den Landkrankenassen gestimmt.

Offenbar wußte der Landarbeiterfeind vom Jahre 1911 noch nicht, daß er im Jahre 1913 von der Ungunst des Schicksals dazu bestimmt sein würde, den Landarbeiterfreund zu mimen. Wer Behrens kennt, dem bietet diese beispiellose Heuchelei übrigens keinerlei Überraschung. Der echte Behrens.

Ein feines Trio! Der evangelisch-konservative „Reichsbote“, die antisemitische „Staatsbürgerzeitung“ und die ultramontane „Germania“ in trautem Verein als Preßdenunzianten; das ist die neueste Blüte im gehässigen Kampf gegen die „Volks-

fürsorge". Da man mit sachlichen Mitteln der Einführung der gewerkschaftlich-genossenschaftlichen wirklichen Volksversicherung, wie sie zum Ärger der kapitalistischen Versicherungsgesellschaften und der Gegner jeder Selbsthilfeaktion des arbeitenden Volkes durch die reichsamlich genehmigte und beaufsichtigte „Volksfürsorge“ dem ganzen Volke ohne Unterschied seiner politischen und religiösen Anschauungen zur Verfügung gestellt wird, nicht wirksam entgegengetreten kann, versucht man es nun mit dem Mittel der Denunziation bei den Behörden.

Die „Staatsbürgerzeitung“ hat's entdeckt, der „Reichsbote“ plappert's nach und die fromm-christliche „Germania“ in ihrem Eifer im Kampf für Wahrheit, Freiheit und Recht unterstreicht es, daß zwei bürgerliche, parteilose Zeitungen, die „Feuerbacher Zeitung“ und das „Mündener Tageblatt“, von denen die erste „städtisches Amtsblatt“ sei und das letztere den Untertitel „Organ für nationale Interessen“ mit Stolz trage — man höre und staune — der „gewerkschaftlich-genossenschaftlichen Versicherungsaktiengesellschaft „Volksfürsorge“ Vorschub leisteten.

Die „Feuerbacher Zeitung“ habe am 13. August 1913 einen umfangreichen Artikel und eine Anzeige für die „Volksfürsorge“ publiziert, in derselben Nummer, in der auch eine Anzeige des „Proviandamts Stuttgart“ veröffentlicht worden sei. Im „Mündener Tageblatt“ sei sogar der Bericht über eine Versammlung des Konsumvereins ohne ein Wort der Kritik erschienen!

Diese welterschütternden Feststellungen begleiten die drei edlen Organe gleichlautend mit folgender, geschmackvoller Denunziation:

„Diese bürgerliche Charakterlosigkeit kann nicht schwer genug verurteilt werden, zumal sie der nationalen gemeinnützigen „Deutschen Volksversicherung A.-G.“, die sich bereits kräftig entwickelt, den Kampf gegen die „Volksfürsorge“ stark erschwert. Es würde sich empfehlen, wenn die Behörden ein achtames Auge auf solche Vorgänge hätten und bei der Vergabung ihrer Anzeigen dafür sorgten, daß sie nicht in eine Nachbarschaft geraten, die ihnen kaum angenehm sein kann.“

Nun wissen die Behörden, was sie zu tun haben. Sie hätten, wie ihre drei Auftraggeber, den Kampf gegen die „Volksfürsorge“ selbst unter Schädigung der ihnen zur pflichtgemäßen Wahrung übertragenen Interessen ihres Amtes zu führen. Sie müßten sonach ein gemeinnütziges Institut, das reichsamlich genehmigt und kontrolliert wird, bekämpfen unter parteiischer Verletzung der gesetzlich garantierten Preifreiheit!

Eine solche Charakterlosigkeit muten die drei staatsbehaltenden Musterblätter den Reichs- und Landesbehörden zu! Die Behörden und die anständigen bürgerlichen Zeitungen des Reiches werden die Denunziantenumutungen ablehnen, und die „Volksfürsorge“ wird ihren Weg machen — trotz solcher charakterlosen Bekämpfung — denn noch gilt überall der alte Satz vom Denunzianten!!!

Über die Arbeitslosenunterstützung der Stadt Stuttgart, die am 1. Oktober 1912 nach dem Genter System eingeführt wurde, wird jetzt der erste, auf ein halbes Jahr sich erstreckende Bericht erstattet. Das Genter System der Zuschußleistung an die Mitglieder der angeschlossenen Berufsvereine wurde in Stuttgart erweitert durch Zulassung von Einzelsparern und Sparvereinigungen. Den Anschluß an die Arbeitslosenversicherung der Stadt haben im ersten Halbjahr 44 Gewerkschaften und 2 Sparvereinigungen vollzogen; außerdem wurden von 22 Einzelsparern Einzahlungen auf die besonderen Arbeitersparbücher gemacht und damit das Recht zum Bezug der Unterstützung erworben. Im ersten Halbjahr meldeten sich 943 Arbeitslose und zwar 414 Ledige und 529 Verheiratete mit 777 Kindern unter 14 Jahren. Hiervon wurden 145 Arbeitslose unter Berufung auf das Statut abgewiesen. In den Genuß der Arbeitslosenunterstützung gelangten 798 Personen und zwar 329 Ledige und 469 Verheiratete mit 679 Kindern. Die meisten Unterstützungsempfänger gehörten dem Holzarbeiterverband an, es folgten die Verbände der Buchdrucker, der Zimmerer, der Metallarbeiter, der Buchbinder usw.: 19 Unterstützte gehörten Sparvereinigungen an, 3 waren Einzelsparer. Die durchschnittliche Arbeitslosigkeit dauerte 16,4 Tage. An städtischem Zuschuß wurde in 892 Fällen die Summe von 9746 Mk. bezahlt oder 10,92 Mk. pro Fall.

Ein abschließendes Urteil über die Einrichtung will der amtliche Bericht bei der Kürze der Praxis

noch nicht fällen. Er weist nur auf die große Geschäftsvermehrung hin, die dem städtischen Arbeitsamt durch die Angliederung der Arbeitslosenversicherung erwachsen sei, und betont, daß eine befriedigende Kontrolle über die tatsächliche Arbeitslosigkeit und die Unmöglichkeit, anderweitig Arbeit zu erhalten, sehr erschwert sei. Auch die Gewerkschaften seien in den meisten Fällen lediglich auf die Aussagen der Arbeitslosen selbst angewiesen. Während die organisierte Arbeiterschaft sich die Einrichtung in weitgehendem Maße zunutze zu machen suche, habe die Möglichkeit des Anschlusses von Einzelsparern wenig Beachtung gefunden. Das ist erklärlich, denn der Arbeiter, der überhaupt über seine Lage und seine Zukunft nachdenkt, schließt sich seiner Gewerkschaft an, die korporativ der Arbeitslosenversicherung angeschlossen ist. Zur Schlichtung von Streitfällen über die Anwendung des Statuts besteht ein Schiedsgericht, das sich aus dem Reiferenten des Gemeinderats für die Arbeitslosenunterstützung und je einem Unternehmer- und Arbeitermitglied der Kommission für das städtische Arbeitsamt zusammensetzt. Dieses Schiedsgericht hatte über 11 Fälle zu entscheiden, von denen 4 zugunsten der beschwerdeführenden Arbeiter, die übrigen abweisend erledigt wurden.

Bemerkung mag noch sein, daß der städtische Zuschuß für die Mitglieder der Berufsvereine auf 50 % der Leistung dieser Vereine, höchstens 1 Mk. täglich festgesetzt ist. Dieser Zuschuß erhöht sich für jedes Kind unter 15 Jahren um 5 % der Leistung des Berufsvereins, höchstens jedoch 25 %. Der Gesamtbetrag des Zuschusses kann demnach 1,25 Mk. pro Tag nicht übersteigen.

Die Kölner Versicherungskasse gegen Arbeits- und Stellenlosigkeit hatte am 1. Juli ihre zweijährige Versuchszeit beendet. In dieser Zeit hat sich ergeben, daß die Berechnung der Beiträge, die sich mangels anderer Unterlagen lediglich auf das Material der Gewerkschaften stützen mußte, zutreffend war. Die Kasse schließt ihre Probezeit mit einem günstigen Ergebnis ab. Sie verfügt heute über einen Vermögensbestand von 100 000 Mk., den zu erreichen allerdings nur durch den städtischen Zuschuß von 114 000 Mk. in den zwei Jahren möglich war. Unmittelbar Versicherte hatte die Kasse nur 195, die aber trotz der höheren Beiträge mehr an Unterstützung erforderten, als sie einzahlten. Ihren Beiträgen mit 4094 Mk. standen 5683 Mk. Unterstützung entgegen. Weit günstiger gestaltete sich das Verhältnis bei den Rückversicherten, bei denen eben nicht nur die schlechten Risiken versichert sind. Die Gewerkschaften stellten insgesamt 10 500 solcher Rückversicherten und zahlten dafür 29 104 Mk. Beiträge, bezogen aber nur 14 138 Mk. an Unterstützung. Der Überschub wird aber nicht dauernd in solcher Höhe bleiben, da mit den Jahren, bei gleichbleibenden Beiträgen, eine Steigerung der Unterstützungssätze eintritt und das erste Jahr als Karenzzeit gilt, also die Ausgaben sich nur auf die halbe Zeit erstrecken. Da aber ja ein dauernder Zuschuß der Stadt Köln zur Verfügung steht, ist das finanzielle Ergebnis der zwei Versuchsjahre immerhin derart günstig, daß jetzt eine Erleichterung der Bezugsbedingungen vorgenommen werden konnte, indem die Karenzzeit von 52 auf 30 Wochenbeiträge herabgesetzt wurde. Dann wurde auf Grund der bisherigen Erfahrungen die Zahl der Gefahrenklassen von drei auf vier erhöht. Die Gewerkschaften zahlten pro Mitglied und Woche 2, 5, 10 oder 15 Pfg. und erhalten pro Tag und Fall

1,20 Mk., höchstens aber im Jahre 72 Mk. Die Vereine der vierten Gefahrenklasse (besonders Bauarbeiter und Saisonberufe) erhalten in den ersten 52 Wochen der Bezugsberechtigung nur 1 Mk. pro Tag. Bedingung ist jedoch bei allen angeschlossenen Vereinen, daß ihr Unterstützungssatz um mindestens 25 Pfg. höher ist als der Erstattungssatz. Wollen sie also diesen Zuschub voll ausnutzen, müssen sie selbst mindestens 1,45 Mk. (bei den Bauberufen 1,25 Mk.) pro Tag zahlen. Die Mitglieder erhalten dann also 2,65 Mk., über 3 Mk. pro Tag darf jedoch die gesamte Unterstützung nicht betragen.

Selbstversicherer zahlen pro Woche 10, 20, 35 oder 45 Pfg., wenn sie auf 1,50 Mk. während der ersten 20 und 75 Pfg., während der weiteren 40 Unterstützungstage rechnen. Bei 15, 30, 50 und 60 Pfg. erhalten sie 2 Mk. bzw. 1 Mk.

Gleichzeitig mit der Neuordnung der Verhältnisse bei dieser Kasse hat deren Vorgängerin, die Stadtkölnische Versicherungskasse gegen Arbeitslosigkeit im Winter, ihre endgültige Auflösung beschlossen. Ihr Vermögen, das am 1. April dieses Jahres 150 222 Mk. betrug, geht fast ganz auf die neue Kasse über, sodaß diese jetzt auch für außergewöhnliche Vorfälle gewappnet ist.

Die Unternehmervverbände im Jahre 1912. Im letzten Jahre waren 132 485 Unternehmer in Wirtschaftsverbänden zusammengeschlossen, in den Betrieben dieser Unternehmer wurden 4 378 275 Arbeiter beschäftigt. Das Wachstum der Unternehmervverbände in den letzten drei Jahren ergibt sich aus folgender Zusammenstellung:

Jahr	Zahl der Verbände	Zahl der Mitglieder	Bei organisierten Unternehm. beschäft. Arbeiter
1910	2613	115 095	3 854 680
1911	2928	127 424	4 027 440
1912	3085	132 485	4 378 275

Von den einzelnen Berufszweigen ist das Baugewerbe mit der stärksten Unternehmerzahl beteiligt. Dagegen stellen die organisierten Maschinenindustriellen die bedeutendste Arbeiterziffer; 13 752 organisierte Metallfabrikanten hatten 796 288 Arbeiter in ihren Betrieben. Die Arbeitgeberverbände in der Landwirtschaft, einschließlich der Gärtner und Fischer, hatten im Jahre 1912 insgesamt 14 154 Mitglieder, bei denen 99 010 Arbeiter im Dienste standen. Soweit aus der Montanindustrie Angaben vorliegen, waren im letzten Jahre 274 Unternehmer mit 469 982 Arbeitern organisiert.

BEKANNTMACHUNGEN

— Vom 28. September 1913 bis 4. Oktober 1913 ist der Beitrag für die 40. Woche fällig.

— **Unregelmäßige Zusendung der Zeitung.** Jede Unregelmäßigkeit in der Zustellung oder Zahl der Zeitung ersuchen wir, immer sofort per Postkarte mitzuteilen, denn nur dann ist es möglich, festzustellen, woran diese Verzögerung liegt. Der Hauptverwaltung ist die Mitteilung wichtig, da wir in letzter Zeit viel Reklamationen bekamen.

— **Berlin, Bezirk Charlottenburg.** Am Freitag, den 3. Oktober, abends 8½ Uhr, im Volkshaus Charlottenburg, Rosinenstr. 3. Lichtbildervortrag über „Tropische Landschaften in unsern Kolonien“ (60 farbige Bilder). Auch die Kollegen der Nachbarbezirke seien hierzu eingeladen, desgl. deren Frauen.

Stundenplan

für die Städtische Fachschule für Gärtner in Berlin im Winterhalbjahr 1913/1914.

Schulgebäude: Hinter der Garnisonkirche 2.

Honorar 3 Mk. Anmeldungen täglich außer Mittwoch und Sonnabend abends 7—8 Uhr und Sonntag vormittags 10—11 Uhr bei Herrn Rektor Rasack daselbst.

Anfang Montag, den 6. Oktober d. J., abends 7 Uhr.

Sonntag vormittags von 9—12 Uhr: Zeichnen¹⁾, Hensel, Gartenarchitekt
Montag abends von 7—9 Uhr: Chemie und Düngelehre, Dr. Floetz; von 8—9 Uhr: Botanik²⁾, Dr. J. Buchwald.
Dienstag abends von 7—8 und 8—9 Uhr: Pflanzkulturen, unter Berücksichtigung der Dekorationsgärtnerlei, Victor de Coene, Gärtnerbesitzer; von 7—8 Uhr: Deutsch, Gottlieb Rasack, Städtischer Lehrer; von 8—9 Uhr: Rechnen, Gottlieb Rasack, Städtischer Lehrer.

Mittwoch abends von 7—8 und 8—9 Uhr: Buchführung, Wetzel, Städtischer Lehrer.
Freitag abends von 7—8 und 8—9 Uhr: Obst- und Gemüsebau, H. Mehl, Gärtnerbesitzer; von 7—8 Uhr: Deutsch, Gottlieb Rasack, Städtischer Lehrer; von 8—9 Uhr: Rechnen, Gottlieb Rasack, Städtischer Lehrer.

Sommerhalbjahr 1914.

An 10 Sonntagen von 9—12 Uhr Unterricht im Feldmessen durch Herrn Gartenarchitekt Fischer, Charlottenburg, Guerickestraße 38. Honorar 3 Mk. Anmeldungen bei Herrn Rektor Rasack (siehe oben) und vor den Unterrichtsstunden bei Herrn Fischer.

1) Der Zeichenunterricht findet in zwei getrennten Abteilungen mit gleichem Lehrplan statt.
2) Unter besonderer Berücksichtigung der Wachstumsverhältnisse der Bäume und Sträucher.

Die arbeitslosen Kollegen werden im eignen Interesse ersucht, Berlin zu meiden. Zurzeit sind hier über 100 Kollegen arbeitslos. Eine Besserung der Arbeitsgelegenheit ist nicht zu erwarten. Auch außer Beruf besteht keine Aussicht, Arbeit zu bekommen, da über 50000 Arbeitslose in Berlin sind. Deshalb meldet Berlin!

Redaktionsschluss für Inserate: Freitag, 8 Tage vor Erscheinen jeder Nummer.

Anzeigentell

Alleinige Inseratannahme: Josef Wichterich, Leipzig, Bosestrasse 6. — Fernsprecher 2101.

Wir empfehlen folgende Broschüren:

Zur Organisationsfrage der herrschaftlichen Privatgärtner von O. Albrecht.

Gärtnerei-Personal- und Betriebsverhältnisse in Preußen nach der amtlichen Erhebung 2. Mai 1906. bearbeitet von Alb. Lehmann.

Zur Lage der Gärtnerei - Arbeitnehmer in Deutschland. Nach unserer Statistik 1910, bearbeitet von M. Holzappel.

Geschäftsbericht des A. D. G. V. vom 1. Juli 1909 bis 30. Juni 1912.

Mitglieder der Organisation erhalten diese Schriften kostenlos. Zu haben in allen Ortsverwaltungen.

3 unübertroffene

Schriften von Andreas Voß, Berlin W. 57, Potsdamerstraße 64. (Gegen Einsendung des Betrages portofreie Zusendung.)

- 1. Das Pflanzenreich. Interessanteste, leichteste Anleitung zum Bestimmen aller Pflanzenfamilien. 2 Mk.
2. Richtige Betonung der Botanischen Namen. 1 Mk.
3. Grundzüge einer praktischen Wettervorhersage, speziell 1913 1 Mk.

Teilzahlung Uhren und Goldwaren, Photo-Apparate, Feldstecher, Musikwerke, Sprechmaschinen usw. Kataloge gratis u. franko liefern. Jans & Co. BERLIN A. 421. Foto-Alliance-Str.

Jedem Mitglied zur Anschaffung empfohlen: Mitgliedsbuchtaschen aus Kunstleder, läßt neben dem Verbandsbuch noch mehrere ähnliche Legitimationspapiere. Preis 0,30, Porto 0,10 Mk. Zu beziehen durch sämtl. Ortsverwaltungen und durch die Hauptverwaltung des Allgemeinen Deutschen Gärtner-Verelns.

CARL HANSEN BUCHDRUCKEREI BERLIN N. 4 CHAUSSEESTRASSE 86 SÄMTLICHE DRUCKSACHEN FÜR VEREINE UND PRIVATEN BEDARF :: MÄSSIGE PREISE

Das als Warenzeichen gesetzlich geschützte „Tutwohl“ extrastarker Karmelitergeist (vorrätlich wirkendes Massagemittel) 12 Fl. Mk. 3.—, bei 24 Fl. Mk. 6.— franko liefern nur die Tutwohl-Werke, Halle a. Saale.

Von einer befreundeten Fabrik, welche den Betrieb einstellte und wegen Verkaufs des Grundstückes räumen musste, übernahm ich die Restbestände. Es sind 5 Eisenbahnwaggons voll Blumen aller Art Blätter, Gräser, Palmen, Beeren und ähnliches. Ich verkaufe dieses in 5-kg-Postpaketen à Koll für nur 5 Mark. Schreiben Sie sofort, wieviel ich Ihnen senden darf. Versand per Nachnahme. Bei Dresdener Referenzen 30 Tage Ziel. Manufaktur künstl. Blumen, Hermann Hesse, Dresden.

In einem aufblühenden Badeorte der Grafschaft Glatz (Schles.) ist ein Grundstück mit Villa zirka 1/2 Morgen gross, mit Wasserleitung, da das ganze Grundstück vorzüglich für Anlage einer Gärtnerei geeignet, da eine solche nicht am Platze, für 37000 Mk. bei einer Anzahlung von zirka 6000 Mk. an nur ernste Käufer sofort zu verkaufen. Jetztiger Besitzer würde Käufer in jeder Weise unterstützen. Hypotheken sind fest. Vermittler verboten. Offerten unter O. A. 2913 an Josef Wichterich, Leipzig, erbeten.

Pächter oder Käufer für eine grössere Gärtnerei in der Nähe Hannovers gesucht. Ernste Reflektanten wollen sich mit Angabe von Referenzen schriftlich melden unter E. D. 1678 an Rudolf Mosse, Hannover.

Gärtner Gartenarbeiter kaufen Ihre Arbeitskleidung nur im grössten Spezialgeschäft für Arbeits-Berufskleidung Kohnen & Jöring, Berlin 72 4 Geschäfte Hauptgeschäft: Alexanderstr. 12. Spezialität: Arbeitshosen, wasserdichte Oeljacken u. Pelzosen.

Silicat-Oelfarbe „Marke Frico“ wetterfester, ungiftiger Sonderanstrich für alle Holz- und Eisenteile an Frühbeefenstern, Gewächshäusern, Gartenhäusern usw., der von Wärmestoffen nicht angegriffen wird, vor Rost schützt und jahrelang haltbar ist. Offerte kostenlos durch Rostschutzfarbwerke Frischauer & Co. Asperg 53, Württemberg Wien, Budapest.

Ganz in der Nähe von Regensburg ist direkt an Bahngleise gelegenes, bestrentables Land-Anwesen 10 Tgw. bester Wiesengrund, 3 Tgw. ums Haus, massives Wohnhaus, 10 Zimmer, grosse Pflanzestellungen, Stadel, sehr geeignet für Gärtnerei, äusserst preiswert zu verkaufen. Gef. Offerten unter G. Z. 20711 an Josef Wichterich, Leipzig, Bosestrasse 6, erbeten.

Eckladen gegenüber Schulen etc. preiswert zu verkaufen. 4 Minuten vom Wannseebahnhof Friedenau, Max Abraham, Berlin, Rubenstr. 37.

Holzwohle geruchfrei, bis zur feinsten Seidenholzwolle, auch grüne, ca. 20-30%, leichter als Kieferholzwolle, empfiehlt Lochmühle, Wernigerode.

Asphalt-Kitt sowie alle Kittarten in anerkannt guter Qualität stets frisch am Lager C. Pohl Nachf., Berlin N. Strassburger Strasse 25. Fernsprecher: Norden 5564.

Kleiderfabrik und Weberei E. Fritsche Niederoderwitz i. S. Lezkurrendes! Franks! Erdfarbig, Dreidraht-Lederhose ia 5 Mk. II 4.50 Mk., III 3.50 Mk. Samt-Manchester-Hosen. Stoff-Anzüge. Kuster franko. Torturung, Lebensl.

Pumpe mit Benzinmotorantrieb billig zu verkaufen. Offerten unter S. H. 818 an Rud. Mosse, Berlin, Schulendorfer Strasse 27.

Beim Einkauf beziehe man sich auf die Allgemeine Deutsche Gärtner-Zeitung

Verkehrslokale für Gärtner.

Alle Zuschriften wegen Aufnahme von Lokalen unter dieser Rubrik sind ausschliesslich an die alleinige Inseratenverwaltung der „Allgemeinen Deutschen Gärtner-Zeitung“, Josef Wichterich, Leipzig, Bosestrasse 6, zu richten.

- Aachen. Restaurant z. Reichsadler, Adalbertstrasse 92. Versamml. alle 14 Tage. Auskunft dortselbst.
Bamberg. Vers. alle 14 Tg. Samstags, abds. 9 U., Rest. Hornthal, Hof, Trepp. simül. Koll. Stoll-Nachw. liegt auf Barmer. Gasthaus: Albert Vogel, Rüdigerstr. 10. Versammlung der Ortsverwaltung jeden 2. Samstag im Monat. Herberge: Gowerkschaftshaus-Parlamentstr. Bureau u. Stellennachweis: Gewerbeschulstr. 107, I, Eingang Heiderstr. 31.
Basel. Rest. z. Schnabel, Rfmolinasp. Vers. alle 14 Tg. Samst. Arb.-Nachw. d. g. Tagh. W. Pescher, Jungstr. 24, p.
Berlin-Schöneberg. Restaurant O. Haendel, Vorbergstr. 9. Vereinsl. Versammlung jeden Donnerstag nach dem 1. jeden Monats.
Bielefeld. Marktstr. 8. Eisenhütte. Versamml. 2. u. 4. Sonnabend i. Mon. Stellennachweis: Näh. Auskunft d. selbst.
Blankensee. Restaur. Bernh. David, Dockenhuden, Bahnhofstr. Versammlung Sonnabend nach dem 1. und 15.
Bochum-Herne. Versamml. i. Boch. Samst. nach d. 1. Dorstener Str. 50, in Herne Samst. nach d. 15. Mont.-Cen.-Str. 37. Auskunft etc. Oberwetter, Herne, Strünkedorstr. 22.
Bonn a. Rh. Rest. z. weiss. Haus, Sternstr. 55 (a. Drieck). Vers. Samst. n. d. 1. u. 15. jeden Monats. Auskunft d. selbst.
Bremen. Beerboms Etablissement, Schwachhauser Chaussee 215. Bez.-Versamml. j. 2. Sonnab. i. Mon. Koll. s. j. Mittag anrutz. Gut. Mittagstisch.
Bremen. Restaurant Peter Grotke, Vordem Steintor 156. Verkehrslokal d. Gärtner u. Ostorter. Bezirks-Versamml. jed. 1. Sonnabend i. Monat. Kollegen sind abends anzutreffen.
Coblenz. Versamml. jed. 1. Samstag im Monat im Restaurant zum wilden Mann. Castorstr.
Cölln a. Rh. Restaurant Mausbach, Schanzenstr. 4 G. Vers. Samstags nach d. 1. u. 15. Bar. u. Stellennachw.: Gr. Witschgasse 50, II.
Crefeld. Vers. alle 14 Tage Samst. i. Restaur. Kühler, Westwall 100. Stellennachweis b. Koll. Schestek, Hülsestrasse 117. Sprechst. v. 1/2-1/2 Uhr mittags u. von 8-10 Uhr abends.
Dortmund. Bienehaus, Ostwall 17. Inh. Heinrich Brancert. Vers. Samstags n. d. 1. u. 15. i. Mon. Herberge d. selbst. Auskunft u. Unterstützung G. Törner, Hohe Strasse 103, II.
Duisburg. Restaurant Bienehaus, Friedrich-Wilhelm-Platz. Versamml. 14. tag. Samstags. Herberge d. selbst. Düsseldorf 76. (II. Bez. Rh.-Westf.) Zentralstellennachw.: Wallstr. 10, II. Eibelfeld. Restaur. Karl Obermier „Zur Alexanderbrücke“. Vers. jed. 4. Samstag i. Mon. Bureau: Barmer. Essen (Ruhr). Rest. H. Schönefeld, Hüsssen-Allee 59, am Stadtgarten. Versamml. alle 14 Tage Samstags. Stellennachw.: Hüsssen-Allee 59, II. Frankfurt a. M. Gowerkschaftsh., am Schw.-Bad u. Stolozstr. 13-15. Vrslok. d. Orts- u. Bez. Frankf. Herb. ebenda.
Ftirth. Versamml. jed. 2. Donnerst. im Monat. Restaurant eisernes Kreuz, Würzburger Strasse.
Hagen i. Westfalen. Vereinslokal H. Bornemann, Neumarkt. Versammlung 14 tägig Samstags.
Hamburg. Rest. Kling, Drehbahn 48, Arbeitsnachweis von 10-12 Uhr.
Hannover. Herberge Nikolaistr. 7. Stellennachweis u. jede Auskunft bei G. Wächter, Warstrasse 18a, part.
Hannover. Hallers Gasthaus, Bockstr. II. Kolleg. sind jed. Tag zu treffen.
Lankwitz b. Berlin. Verkehrs-u. Vers.-Lok. Rest. Gust. Adler, Charlottenstr. 34, Ecke Marienstr. / Vers. j. Freitag nach dem 1. u. 15. d. Monats.
Leipzig. Chr. Voegemann, Leipzig, Volkshaus, Zimmer 13, II. Sprechzeit 11 bis 1 u. 6 bis 8 Uhr. Sonntags 11 bis 12 Uhr. Herberge i. Volkshaus.
Lübeck. Restaurant zu den 4 Jahreszeiten, Stavenstr. 33. Versammlung Sonnabend nach dem 1. des Monats. Dasselbst Ausgabe d. Arbeitsmarktes von 8 bis 9 Uhr jeden Freitag.
Magdeburg. Südrrestaurant, Leipziger Strasse 39. Verkehrslokal der Gärtner des Südfriedhofes.
Mannheim. Herberge: Gowerkschaftshaus F. 4. 8. Versammlungslokal i. Restaurant zur Volksstimme, R. 3. 14. Arbeitsnachw. b. Heinrich Maier, Augartenstrasse 44.
Nürnberg. Versamml. am 1. Samstag jed. Monats. Restaurant Abigs-garten, Johannisstrasse 28.
Remscheid. Vers. am 1. u. 3. Samstag Bismarckstr. 61. Stell.-Nachw. Fr. Kretschmann, Haddenbrockerstr. 59, II.
Selling. Gowerkschaftsh. Kölner Str. 45. Vereinsl. u. Herb. Vers. 14. tag. Samstags. Jed. Samstag Koll. z. treff. Stethr. Volkshaus, Gr. Oderstr. 18, 20. Vers. jed. 2. u. 4. Samstag im Monat. Ausk. b. O. Schmidt, Friedenstr. 95.
Velbert (Rheinlnd). Restaur. Engels, Hefelstrasse 21. Stellennachweis dortselbst bei Willi Pobig, I. Etage.
Wiesbaden. Herberge: Gowerkschaftshaus, Wellritzerstr. 49. Stell.-Nachw.: Zietenring 14, H. II. 7-8 U. Zürich. Gasthof hinterer Stern, Bellevueplatz. Vereinslok. u. Herb. Vers. jed. 1. u. 3. Samstag i. Monat. Stellennachweis j. A. 7-8 1/2 Uhr.